

Er scheint täglich außer Montags... Abonnement... Einzelne Nummer...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile... Die Expedition ist an Wochentagen...

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Reuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 25. März 1891.

Expedition: Reuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

Vorwärts Berliner Volksblatt mit dem „Sonntagsblatt“

als Gratisbeilage.

Unser Blatt ist das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, es vertritt durchaus den Standpunkt der modernen proletarischen Arbeiterbewegung...

Für den denkenden und aufgeklärten Arbeiter brauchen wir diesen Standpunkt des Näheren nicht zu erläutern. Für Jeden, der die Spannung, welche auf unseren gesammten Verhältnissen liegt, beobachtet, tritt derselbe klar zu Tage...

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten den bisher erschienenen Theil des spannenden Romans

Die Falkner von St. Vigil

von Robert Schweichel,

gratis und franco nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsdepotäre, sowie unsere Expedition, Reuthstr. 3, Bestellungen entgegen, zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei in's Haus, wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mk. für das Quartal entgegen.

Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflich, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Feuilleton.

Wachdruck verboten.)

[20

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert Schweichel.

Geduld, Arbeit wird den Uebermuth brechen; Mühlen aller Art harren auf den ledigen Sprößling des Hannwaldes und beugen seinen Nacken unter das Joch der Dienstbarkeit...

Der Welfenfonds.

I.

Die Vernichtung der Selbstständigkeit des Königreichs Hannover, eine Frucht des 1866er Krieges, hatte einen König in die Verbannung getrieben. Bismarck, stets freigebig, sobald es nicht aus seinem Säckel, sondern aus dem des gemeinen Wesens geht, sah sich veranlaßt, für den von ihm gestützten blinden Herrscher ein Uebriges zu thun...

Indeß der Landtag genehmigte den geforderten Kredit, und am 2. März 1868 wurde das Gesetz vom 28. Februar 1868 publizirt. Allein der hinführende Bote kam diesmal mit unerwarteter Geschwindigkeit, am selben Tage nämlich, nach...

Sämmtliche nicht dem Staate Preußen verbliebene Werth-Objekte, welche der Vertrag über die Vermögensverhältnisse des Königs Georg vom 29. September 1867 zum Gegenstande hat, nebst den noch in Händen der preussischen Staatsregierung befindlichen Kassenbestand, insbesondere den fälligen, bisher nicht berichtigten, sowie den künftig fällig werdenden Zinsen, werden hierdurch mit Beschlag belegt...

Kosten der Beschlagnahme und der Verwaltung, sowie der Maßregeln zur Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten zu bestreiten. Verbleibende Ueberschüsse sind dem Vermögensbestande zuzuführen.

Wie aus dem vom Landtags-Abgeordneten Laut erstatteten Bericht vom 13. Januar 1869 sich ergibt, gab die Regierung damals den Werth des unter preussischer Verwaltung stehenden Vermögens des Königs Georg, nicht eingerechnet das werthvolle Inventar der Schlösser, auf rund 13 382 000 Thaler an, die, in 4 1/2 procentigen preussischen Staatspapieren angelegt, einen jährlichen Zinseertrag von etwa 598 000 Thalern lieferten. Die Kosten der Verwaltung — sie obliegt dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover, zur Zeit also dem Herrn von Bennigsen — betragen 180 000 Thaler.

Am 12. Juni 1878 ist Georg V. in Paris gestorben, aber noch immer besteht der Welfenfonds, trotzdem sein Sohn, Ernst August Herzog von Cumberland, die Anerkennung des veränderten Rechtszustandes klipp und klar bekundet hat bei Gelegenheit des Thronwechsels in Braunschweig. Seit mehr als zwanzig Jahren ist von „welfischen Antrieben“ nicht mehr die Rede. Die Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten ist längst überflüssig geworden, wenn überhaupt das mächtige Preußen es nöthig hatte, durch Spitzel, Gebärdenpäher und Geschichtsträger die ohnmächtigen Versuche des gestürzten Welfenfürsten zu bekämpfen.

Als der Abgeordnete Virchow in der Kommission darauf hinwies, das einzige Ergebniß der Maßregeln werde ein furchtbares Wachsthum des Angeberwesens und der Geheimpolizei sein, erklärte die Regierung feierlich, daß die für solche Zwecke zu verwendenden Gelder wesentlich nur im Auslande zur Verfügung kommen würden und in erster Reihe der Verfügung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten unterständen. Daß dies schöne Redensarten ohne Verbindlichkeit wären, daß die Gelder thatsächlich zur künstlichen Beeinflussung der öffentlichen Meinung benutzt wurden, weiß Jedermann. Die Käuflichkeit der Presse wurde in ein System gebracht, die Offiziöswirtschaft, die Korruption sorgsam organisiert. Der Welfenfonds ward zum Reptilienfonds. Und wenn ein Kommissionsmitglied im Herrenhause ausrief: „Hat sich die Regierung erst an die Aus-

ließ sie auf den Schindeldächern und dem Kirchturm von St. Martin ruhen. Lange stand er so; dann hob ein schwerer Senfzer seine Brust. Niemand zur Freude war er in die Welt gekommen. Niemand hatte sein Dasein gewünscht. Wohl, ein solches Leben war am besten ein- und abgeschlossen in der Kirche — in der Kirche, die gegründet ist auf den Fels der Entfugung. Und er begann den Abstieg nach St. Martin.

Sechstes Kapitel

Ambros gleich einer geladenen elektrischen Batterie und wer ihn zu nahe kam, erhielt einen Schlag, wenn auch nur sichtlich. Selbst der Klosterbauer hielt es für gerathen, ihm auszuweichen; denn auch gegen ihn entlud sich Ambros, als er eine beizende Anspielung auf die Kirchhofszone machte. Dem Vater gewährte es im Geheimen eine schadenfrohe Geungthuung, daß die unüberlegte That des Burschen gerade Kaspar Larseit getroffen hatte. Ambros war voll Grimm gegen sich und die ganze Welt. Es war ihm unfaßbar, daß er aus freien Stücken um Verzeihung gebeten und abgewiesen worden war, abgewiesen von der Wittve Larseit, nachdem er sogar als Sühne Herz und Hand ihrer Tochter angetragen hatte. Aber er war nicht der Mann, der sich in solcher Weise mißhandeln ließ. Es kam ihm nicht in den Sinn, Stasi aufzugeben; allein es wollte ihm nicht gelingen, mit ihr zusammenzukommen. Umsonst wartete er Abends an dem Gartenjau auf sie. Er brach eine von ihren Rosen und legte sie auf das Bänkchen unter dem Weisblatt, zum Zeichen, daß er dagesessen wäre. Die Rose war am nächsten Abend verschwunden, doch Stasi fand sich nicht ein, nicht jetzt, noch später. Er suchte David bei der Feldarbeit auf, um Stasi durch ihn in den Garten zu bestellen. David war ja Zeuge des Austrittes an dem Krankenbette gewesen und mußte ein-

gabe gewöhnt, hat sie erst alle geheimen Agenten und alle künftigen Subjekte, welche solchen geheimen Ausgaben anleben, an sich herangezogen, so wird es nachher ihr selbst, wenn sie es einmal wünschen sollte, immer schwerer werden, den früheren Zustand wieder herzustellen, sie würde diese Leute dann ohne Gefahr nicht wieder los werden können," so trifft diese Prophezeiung in gar mancher Hinsicht zu. Auch und gerade auf die feilen Werkzeuge des Profiteurs, die Geheimpolitiken des Zeitungswesens zu, die ihr unfauberes Lockspiegelbild so lange ungestört getrieben haben. Die Regierung, die nach Bismarck's Sturze etliche dieser Herren abhafferte, hat jetzt Gelegenheit, die Lungenkraft und Böswilligkeit derselben im Dienste ihres alten Nährvaters zu Nützen der Fronde zu bemerken.

## II.

Die Frage, ob Preußen dazu verpflichtet war, dem depossedirten König von Hannover sechszehn Millionen Thaler zu gewähren, die Summe, welche als geheimer Fonds seit dreißig Jahren von der preussischen Regierung ausgesetzt wird, giebt zugleich den Leitfaden für die richtige Beurtheilung des Welfenfonds. Nach der Auffassung, wie sie der verstorbene Führer des Zentrums, der geistvollste und thatkräftigste Jährspruch des Welfenhauses, vertreten hat, handelte es sich um die Entschädigung für den Verlust der Domänen. Windthorst ging von der Fiktion aus, daß das Domänenvermögen des Fürsten das Fideikommiss der Häuser ist. Während Bismarck hervorhob, daß der König von Hannover eine bedeutend größere Summe, als seine früheren Einkünfte ausgemacht hätten, angenommen habe, erklärte die kleine Exzellenz, die sechszehn Millionen seien eine angemessene Schadloshaltung für das reine Privatvermögen des Königs Georg.

Mit vollem Recht betonte der alte ehrliche Demokrat Waldeck, daß es sich nicht um den Besitz Georg V., sondern um preussisches Staatsvermögen handele. Die sechszehn Millionen Thaler seien ein ganz überflüssiges Äquivalent für preussische Domänen, die nicht dem König, sondern dem Volke gehören. Es ist ganz gleich, ob eine Revolution von einem König vollzogen wird, rief er aus, oder von einem Volk. Der König Georg sei verjagt, wie einst das Volk 1880 den braunschweigischen Diamantenherzog verjagt habe. Und das Eine ist so gut wie das Andere, wenn das Volk es genehmigt. Er wies mit Schärfe darauf hin, daß nach hannoverschem Recht und hannoverscher Verfassung die Domänen nicht zum Privatvermögen des Fürsten gehören. Er führte unter Anderem aus:

Überall, wo Domänen existirten und der Fürst nach alten legitimistischen Ideen sich als Eigentümer des ganzen Landes ansah, und deshalb auch als Eigentümer der Domänen, da wurde das schon von den alten Landständen bestritten. Aber in allen modernen Verfassungen wurde diese Anschauung ausdrücklich ausgemerzt, und die frühere hannoversche Regierung ist damit zufrieden gewesen, daß man diese Ansicht ausgedehnt hat. Es sind nur gewisse Rechte, die der jeweilige Landesherren an den Domänen hat; er kann das Domänenvermögen zu seiner Hofhaltung und zu sonstigen Zwecken des Staates benutzen, das Leibrige aber gehört nur dem Staate, und der Fürst ist nach deutschen Begriffen und nach deutschem Staatsrecht untrennbar vom Staate. Als Hannover durch das Auerstädtergesetz mit uns vereinigt wurde, bekam es die preussische Verfassung und in Preußen sind seit unendlicher Zeit die Domänen nicht als Privateigentum des Fürsten angesehen worden. Diese Rechtsanschauung ging auf die hannoverschen Domänen über, und daß sie übergingen, zeigte das Budget, was die Regierung 1867 offroyirt hat, denn in diesem Budget stehen die hannoverschen Domänen. Ein vollkommeneres Recht darauf, als wir auf diese Domänen haben, kann man nicht haben.

Die Regierung verkündete durch den Mund ihres Kommissars Oberfinanzrath Wollung und durch Bismarck selber, daß die sechszehn Millionen Thaler keineswegs eine Entschädigung für das verlorene Vermögen des Hauses Hannover seien. Der Abgeordnete erklärte der Ministerpräsident: Im alleinige politische Zweck, den wir erstreben haben, ist gewesen, eine annehmbare Existenz für die gefallene Dynastie zu finden, in der sie der Versuchung überhoben wäre, die Ruhe eines großen Landes durch dynastische Bestrebungen zu stören. Und im Herrenhause sagte er: Eine Verpflichtung, dem König Georg irgend

sehen, daß das Benehmen seiner Schwester keinen Bestand hätte. Ob der Alte es einsah oder nicht, gewiß ist, daß er eine viel zu große Furcht vor seiner Schwester hegte, um die Waise zu übernehmen und das heftige und hochfahrende Wesen des Burschen war am wenigsten dazu geeignet, ihm Muth zu machen. Er schlug hinter Ambros ein Kreuz; denn so hart war ihm noch nie zugestrichen worden, und er stellte sich vor, wie seine Schwester ihn loben würde, wenn sie um die Mannhaftigkeit wüßte, mit der er dem Versucher widerstanden hatte. Jedenfalls hatte Ambros sich als ein schlechter Versucher erwiesen; denn der Teufel ist schlau und sucht nichts durch Gewalt zu erreichen. Wenigstens behaupten es die Frommen, die es wissen können, da sie sich am meisten mit ihm zu schaffen machen. Doch für den Glauben giebt es keine inneren Widersprüche, und David setzte sich in den Schatten einer Eberesche und begann mit großer Genugthuung sein Wesperebrot zu verzehren. Nach einiger Zeit aber seufzte er und betrachtete kopfschüttelnd das Stück Brot, welches er in der Hand hielt. Ach, was war doch das für ein wunderlich Ding, daß die Leute Liebe nennen! Seine Nichte hatte doch früher um die jungen Bursche sich nie bekümmert und jetzt war es auf einmal, als ob es außer diesen Ambros für sie nichts weiter auf der Welt gäbe. Weshalb war das nur so? Trotz allen Kopfschüttelns und Seufzens vermochte er es nicht zu ergründen und er nahm sich vor, einmal mit Hannes darüber zu reden.

An diesen dachte auch Ambros, nachdem er David verlassen hatte, und er stampfte ärgerlich mit dem Fuße, als er zu Hause erfuhr, daß sein Bruder von seiner Wanderung in das Gabelthal noch nicht zurückgekommen wäre. War es denn nicht auch um das Haar sich anzurufen, daß Hannes sich umhertrieb, wann er seiner so nöthig bedurfte? Hannes sollte sein Botengänger zu Stasi sein und er meinte, wenn derselbe der Kranken vorstellte, daß die Geschichte mit dem Grabkreuze nichts auf sich habe, dann müßte sie sich zufrieden geben. Er hielt in der That den Grabfrevler damit abgeln, daß er ein neues, größeres und schöneres Kreuz als das alte für Kaspar Larseit bestellt hatte und machte daher große Augen, als eines Morgens einer von den drei Landjägern, die nebst einem Korporal ihr Standquartier in St.

etwas zu gewähren, hat überhaupt nicht bestanden.

Am 18. Februar 1889 sagte Bismarck in einer Sitzung des Herrenhauses: „Schuldig waren wir dem Könige Georg nichts.“ Auf denselben Boden stellte sich der bekannte Konservative Senft von Pilsach, der aus der Geschichte eine Reihe von Fällen, in denen entthronte Fürstenhäuser sehr geringfügig behandelt wurden, anführte; und das Alles trotz der Lehre von Gottesgnadenthum und Legitimität! Die Majorität des Landtages, Herrenhaus wie Abgeordnetenhause, war der gleichen Ansicht, indem sie der Beschlagnahme der Abstammungsumme die verfassungsmäßige Zustimmung erteilte.

„Preußen“, so heißt es in einer vor längerer Zeit in den „Dem. Bl.“ erschienenen anziehenden Studie über den Welfenfonds, „schuldete den entthronten Fürsten nach der ausdrücklichen Erklärung aller Vertreter der Regierung keinerlei Entschädigung. Gleichwohl wurde eine solche bewilligt. Der beabsichtigte oder wenigstens angegebene Zweck dieser Entschädigung wurde aber sofort vereitelt durch die Verfügung der Beschlagnahme der vereinbarten Abfindung. Auf allen Seiten wurde zugegeben, daß dieselbe einen Theil des preussischen Staatsvermögens bilde. Gleichwohl glaubte die Regierung, diese 18 882 000 Thaler des Welfenfonds ganz anders behandeln zu sollen, als die übrigen Theile des Volkseigentums. Die Zinsen und Erträge sollten keineswegs auf den Etat gebracht werden, sondern dem Ministerium zur freien Benutzung überlassen bleiben. Wenn die Erreichung dieser Machtvollkommenheit nicht von Anfang an der Grund dieser Prozedur war, so war sie sicher ihre Wirkung.“

Es unterliegt unserem Erachtens keinem Zweifel, daß Bismarck von vornherein den Welfenfonds sich für seine Zwecke hat votiren lassen. Für seine Zwecke! Kein Zweifel, daß eine so selbstlose Natur, wie der Altkanzler, nur im Interesse seiner Politik die Gelder verbrauchte. Er, der niemals einen Pfennig sich hat schenken lassen, der nie ein Rittergut, nie Dotationen angenommen hat, er, der die Lebensmittel- und Industrie-Zölle, die Schnapssteuer und die Fleischvertheuerung immer für sich ausgenutzt hat, er, der fern allem Nepotismus seine Söhne weder zu Staatssekretären noch zu Regierungs-Präsidenten beförderte, er, der seine Vettern und anderen Gesippen niemals auch nur zu einem Minister-Portefeuille des Innern kommen ließ, er, der größte Staatsmann aller Zeiten, hat höchstens einmal einem nothleidenden Kollegen 850 000 M. vorgeschossen. Ein schmerzliches Gefühl wird ihn beschleichen, daß alle Belege über die Rechnungslegung verbrannt sind!

Daß der Landtag ihm zu Willen war, spricht ganze Hände für die Gefügigkeit und politische Kurzsichtigkeit der Majorität. Wie Bismarck den Welfenfonds verwendet hat, ist allbekannt. Die Angelegenheit von Böttcher ist ein neuer Beitrag zur Lehre von der Erbpriesterschaft ins Blaue hinein bewilligter Mittel. Und die jüngste Auslassung der „Kölnischen Zeitung“ über die Verwaltung des Welfenfonds rückt die ganze Einrichtung in die morgenländisch-sultanhafte Beleuchtung, die sich für derartige Dinge nun einmal gegiebt. Die „Kölnische“ läßt sich schreiben:

Die Verwaltung des beschlaggenommenen Vermögens untersteht ausschließlich der Verantwortlichkeit des Finanzministers und unter ihm der königlichen Verwaltungskommission in Hannover, deren Vorsitzender der jeweilige Oberpräsident der Provinz Hannover und deren Mitglieder der Ober-Jägermeister und Generalleutnant z. D. Gebhard v. Roke, sowie der Ober-Regierungsrath Häger in Hannover bilden. Sobald alle Kosten der Verwaltung und Beschlagnahme gedeckt sind, überweist der Finanzminister den ganzen Rest der Gesamteinkünfte dem preussischen Ministerpräsidenten, dem allein die Bestimmung der Verwendung der Einkünfte zufällt und der auch allein die Verantwortung für die richtige, der Beschlagnahme-Ordnung entsprechende Verwendung zu übernehmen und zu tragen hat. Alljährlich legt er persönlich dem Könige Rechnung über diese Verwendung der Einkünfte, und alljährlich erbittet er sich vom Könige eine allerhöchste Kabinettsordre, welche die nachgewiesene Verwendung gutheißt. Sobald diese Ordre ergangen ist, werden sofort alle Belege der Rechnungslegung verbrannt, nur diese Ordre wird zu den Akten genommen, und so allein ist es möglich, daß die einzelnen Aufwendungen nach Ziel und Herkunft durchaus geheim bleiben können.

Die gemeinschaftliche Wirksamkeit des Reptilenthums, das Psephagen-Ilmwesen, die Ausbeutung von Staatsgeldern zu privaten Zwecken, dies alles beweist

Vigil hatten, auf dem Klosterhofe erschien und ihn zu Gericht beschied, um sich wegen des Grabfrevels vor Herrn Bengel zu verantworten.

„Was, wegen der dummen Geschichte soll ich noch gar auf's Amt kommen?“ rief er. „Ich hab' ja alles richtig gemacht.“

„Ja, was weiß ich?“ meinte der Landjäger. „Du sollst aber Sonnabend auf's Amt kommen.“

„Ich hab' dort nichts zu schaffen“, entgegnete Ambros. „Ich laß' dem Herrn Landrichter sagen, daß die Sach' abgethan ist. Weiter hab' ich mit ihm nichts zu reden.“

„Was geht's dich an?“ sagte der Landjäger nach kurzem Nachdenken. „Ich hab' Dich bestellt. Aber weißt, mit dem Gericht ist nicht gut Kirchen essen.“

Ambros zuckte verächtlich die Achseln und der Landjäger hing sein Gewehr, auf dessen Lauf er sich während des Gesprächs mit beiden Händen gestützt hatte, wieder über die Schulter und ging mit den Worten davon: „Na, grüß Dich Gott. Aber Du solltest doch lieber kommen. Die Leute sind fuchswild über die Geschichte.“

Das waren sie wirklich und Herr Moltenbecher hielt am nächsten Sonntage auf der Kanzel eine gewaltige Strafrede wider die Gottlosigkeit der Jugend, wobei er deutlich genug das Gebahren der Bayern im Lande als die Quelle dieses gottlosen Geistes bezeichnete. Eben daß die Bayern im falschen Aufklärungseifer die Kreuzfuge an den Wegen rückwärts umhieben, trug nicht wenig dazu bei, die Aufregung über Ambros' unbesonnene That höhere Wogen schlagen zu lassen, als sonst vielleicht der Fall gewesen wäre, und die Wogen sprühten ihren Gift bis vor das Bett der Wittwe Larseit.

Wie hatte die Kranke so viele Besuche in ihrer kleinen Stube gesehen, wie in diesen Tagen. Nachbarinnen und Bekannte gaben einander die Thür in die Hand, um Frau Larseit wegen der Grabshändlung zu bedauern, was natürlich nicht geschehen konnte, ohne die volle Schale des Abscheues über den Frevler anzugießen. Zu hören, wie derjenige, der uns getränkt hat, von Andern mit sittlicher Enttäuschung schlecht gemacht wird, ist für die gewöhnliche

die dringende Nothwendigkeit einer schleunigsten Beseitigung des Welfenfonds, für den alle rechtlichen, alle gesetzlichen, alle thatsächlichen Voraussetzungen durchaus fehlen. Man gebe dem Volke was des Volkes ist, man stelle die ihm gehörenden Mittel unter die parlamentarische Aufsicht, die für die öffentlichen Gelder vorgeschrieben ist, man beseitige das volksfeindliche, eines modernen Staates unwürdige Institut eines Geheimfonds; dieser Quelle nicht bloß wie Waldeck sagte, „eines fluchwürdigen Spionswesens“, sondern einer das öffentliche Leben systematisch vergiftenden Korruption.

## Das Ausverkaufs-Ilmwesen.

### I.

Das Ausverkaufs-Ilmwesen behandelt der Aufsatz in „Wiel's Gewerbe-Zeitung“. Der Verfasser dieses Aufsatzes geht von der durchaus berechtigten Anschauung aus, daß die Mode auf die Konkurrenz-Verhältnisse in unserem Geschäftsleben einen dominirenden Einfluß ausübt und überall, besonders aber bei unseren Manufakturwaaren-Geschäften schädigend einwirkt. In der letztgenannten Branche hat sich die Mode selbst bei den Stapelartikeln mehr und mehr eingefestigt; jedes Jahr, wenn nicht gar jede Saison bringt wieder neue Sachen und die alten finden damit naturgemäß nicht mehr den gewünschten Anklang, der Detailist soll immer das Modernste auf Lager haben, und selbst bei den reellsten Artikeln behält er mit der Zeit Bodenhalter übrig. Diese Artikel werden alsdann meistens, um Jugtraut auszuüben, im Preise ein wenig heruntergesetzt, werden wohl auch zum Kostenpreise und darunter verkauft. In größeren Geschäften, und besonders in denen der Großstädte hat man durch den sogenannten „Ausverkauf“, der regelmäßig nach Schluß der Saison stattfindet, ein Auskunftsmitel gefunden, sich von den übrig gebliebenen und entwerteten Saison-Artikeln frei zu machen; man folgt hierbei dem sehr richtigen Prinzip, möglichst schnell, wenn auch mit wenig Uuance und gebotenen Falls lieber mit kleinem Verlust die Sachen loszuschlagen, als bei noch längerem Abwarten sich weit größeren Geschäftsverlusten auszusetzen.

Dieser Verkauf „mit kleinen Verlusten“ beruht also nach der Behauptung genannter Zeitschrift auf durchaus „gesunden Geschäftsprinzipien“. Das Blatt liefert mit diesem Urtheile den Beweis, daß es von dem was unter gesunden geschäftlichen Prinzipien zu verstehen ist, nichts versteht. Wirklich gesund wurden doch nur solche Geschäftsprinzipien zu nennen sein, welche dahin gehen, Waaren nur dann zu verkaufen, wenn sie zu ihrem vollen Werthe bezahlt werden. Vorausgesetzt ist dabei freilich, daß die geschäftlichen Verhältnisse selbst so gesund sind, daß Waaren-Verkäufe zum vollen Werthe stets möglich bleiben. Diese Gesundheit mangelt allerdings in den Verhältnissen der Gegenwart und daher erscheinen Handels-Grundzüge für gesund, welche dem Kaufmann erlauben, bei dem regel- und sinnlosen Auf- und Abschwanke des Preises mit verhältnismäßig geringem Verluste zu verkaufen.

Die ganze Jämmerlichkeit aller mit dem Ausverkaufsweisen in Beziehung stehenden Zustände innerhalb unserer Handelswelt leuchtet aus den Ausführungen des Mitarbeiters der „Gewerbe-Zeitung“ so scharf hervor, daß wir ihm in Folgendem ohne Zwischenbemerkungen das Wort lassen wollen. Er schreibt:

Wie in so vielen anderen Dingen hat sich auch hier alsbald die Reflexe dieses für ihre Zwecke als ganz besonders günstig erweisenen Auskunftsmitels bemächtigt, und zwar geschieht dies gegenwärtig in einem so ausgiebigen Maßstabe, daß man nicht mit Unrecht von einem Ausverkaufs-Jauber spricht. So haben wir gegenwärtig allgemeinen vertheilten Frühjahrs-, Sommer-, Herbst- und Winterausverkäufe, Weihnachtswaaren-, Saisonausverkäufe, Ausverkauf wegen Umbau oder Aufgabe des Geschäftes, wegen Verlegung der Geschäftslokaltäten, Ausverkäufe der berühmten wassen Waare, sowie der durch Feuer und Raub beschädigten und endlich nicht zu vergessen als eine ganz besondere Spezies der Reflexe — die Kontursausverkäufe. Die Thatsache läßt sich nun einmal nicht leugnen, daß diese Art Ausverkäufe in erschreckender Zunahme begriffen sind und die Geschäftswelt selbst in der denkbare empfindlichsten Weise schädigt, ohne daß es seither gelungen wäre, diese den Handel überhaupt diskreditirenden geschäftlichen Auswüchse wieder in engere Grenzen zu bannen, wie dies nicht minder im Interesse des durch dieselben benachteiligten Publikums läge.

Die Kontursausverkäufe können vielfach nur als eine naturgemäße Folge der gleichfalls in großer Zahl überhandnehmenden vorzeitigen, unsoliden und nicht lebensfähigen Etablisirungen gelten, deren so überaus verderbliche Folgen für die gesammte Geschäftswelt nicht minder klar zu Tage liegen.

Wird nun ein sogenannter Kontursausverkauf von einem gerichtlich bestellten Verwalter arrangirt und geführt, lediglich zu dem Zwecke, die vorhandene Masse möglichst vortheilhaft und schnell zu realisiren, so ist hiergegen nichts einzuwenden,

Menschencreatur ein wirksamer Trost, und Frau Larseit genoss ihn und gewann zugleich die Ueberzeugung, daß Ambros noch viel schlechter sei und sie viel schwerer beleidigt habe, als sie bisher sich vorgestellt hatte. Die arme Stasi mußte alles mit anhören und schweigen. Die allgemeine Beurtheilung machte ihren unerfahrenen Kopf irre, jedoch nicht ihr Herz. Mochte das Ueble, das Ambros von seinen Richterinnen nachgesagt wurde, auch einen Kern von Wahrheit enthalten, hinsichtlich des Grabfrevels thaten sie ihm Unrecht. Daron war Stasi überzeugt und indem sie sich der schrecklichen Donnerschläge und lobenden Blitze in jener Nacht erinnerte, fühlte sie sich zur Bewunderung seines Muthes getrieben. Gewiß war es gottlos, den Teufel zu leugnen und die Geißel herauszufordern; allein ein anderer wie Ambros hätte schwerlich das Herz zu einem solchen Wagemuth gehabt, und in all ihrem Herzeleid und ihrer Verzweiflung erfüllte es sie mit einem süßen Stöße, von dem müthigsten Buben der ganzen Thalschaft geliebt zu werden. Nein, an seiner Liebe zu ihr konnte sie nicht zweifeln und während die guten Nachbarinnen ihn schmähten, Gott dankend, daß ihre Söhne nicht wie er waren, vertheidigte Stasi ihn eifrig bei sich selbst. Aber ach! Sie durfte Ambros ja nicht lieben. Die Mutter hatte es verboten und ließ keine Gelegenheit ungenützt, um das Unkraut der Liebe aus dem Herzen ihrer Tochter auszujäten. Frau Larseit fühlte, daß ihre Tage gezählt wären, und die Vorstellung, daß Stasi die Beute des gottlosen Menschen werden könnte, bettete sie auf Dornen. Stasi mußte ihr versprechen, Ambros keine Zusammenkunft mehr zu gewähren, und die Arme magte nicht, ungehorjam zu sein. Auch gebieth die Mutter sie scharf im Auge und gestattete ihr am nächsten Sonntag nicht, selbst nicht in Begleitung Davids, zur Kirche zu gehen. Darin ersah Stasi aber kein Unrecht, die Noje, die Ambros auf die Bank gelegt hatte, nicht dort weilen zu lassen, als sie dieselbe am nächsten Morgen fand, sondern in ihr Gebetbuch zu legen. Wie süß es ihr entgegendustete, wann sie vor dem Schlafengehen das Buch öffnete, um noch — ein Gebet darin zu lesen. (Fortsetzung folgt.)

auch wird ein derartig geleiteter Konkurs-Ausverkauf keine, oder doch jedenfalls keine bedeutenden Schädigungen der in nächster Nähe gelegenen gleichartigen Geschäfte zur Folge haben. Meist nimmt aber der Verkauf eines solchen Ausverkaufs einen ganz anderen Weg. Sobald eine Konkursmasse in Sicht, fehlt es nämlich sofort nicht an Konkurrenten, Spekulanten und dergleichen mehr, deren ganzes Thun auf die Erlangung des ganzen durch den Konkurs zum Verkauf stehenden Warenlagers zu Wiederverkaufszwecken gerichtet ist. Im Interesse der Gläubiger liegt es natürlich, so viel als möglich zu erhalten und die Sache schleunigst aus der Welt zu bringen. Man ist daher auch dem Verkauf in Bausch und Bogen durchaus nicht abgeneigt, zumal die Konkurrenten meist 10 und selbst 20 pCt. über den gerichtlichen Taxwerth geben, und dem Meistbietenden wird alsdann das Warenlager, Einrichtung u. zugehörig, für die Gläubiger ist ein verhältnismäßig guter Verkaufspreis erzielt und der Unternehmer weiß es nun so anzustellen, daß er nicht nur auf seine Kosten kommt, sondern noch einen recht erträglichen Geschäftsgewinn einheimst. Durch großartige Ankündigungen: „Beginn des Ausverkaufs der Konkursmasse dann und dann“ wird namentlich der eigentliche Ausverkauf eingeleitet und um noch größere Zugkraft auszuüben, sucht man den Käufern glaubhaft zu machen, daß der Ausverkauf unter gerichtlicher Aufsicht realisiert werden soll. Das Publikum wird in dem Wahn erhalten, außergewöhnlich billige Konkursware kaufen zu können, bekommt aber zum weitesten größten Theil nur zugekaufte Waare zu Preisen, wie dieselbe in jedem realen Geschäft täglich zu kaufen ist. Die wirkliche Masse wird natürlich auch nicht verschleudert; dagegen werden als besondere Zugkraft große Quantitäten geringwerthiger, theils verlegener, theils unmoderner Waare, bezogen gewöhnlich von Großhändlern, die eine besondere Spezialität darin suchen, ihre Artikel an Konkursausverkäufer zu liefern, angekauft, die allerdings dann scheinbar zu billigen Preisen abgesetzt werden. Man verläßt sich da auf die allgemeine Reichthümlichkeit des großen Publikums, und man weiß nur zu gut, daß nur ein sehr kleiner Theil des Publikums wirklich eingehende Waarenkenntnis besitzt. Das Geschäft geht dann für gewöhnlich auch flott von Station und es sind Einnahmen zu verzeichnen, wie die Konkurrenzgeschäfte sie nicht annähernd zu erreichen vermögen, und man möchte sagen, dies um so weniger, je mehr sie auf solider Grundlage basiren. Ein solcher Konkursausverkauf befähigt eine sehr zahlreiche Lebenskraft zum größten Verbruch und zur empfindlichsten Schädigung namentlich der benachbarten soliden Konkurrenzgeschäfte. Um aber für alle Fälle dem Geschehen begegnen zu können, wird eine kleine Partie zurückgelegt, d. h. nicht zum Verkauf gebracht, damit immer etwas aus der Konkursmasse auf Lager bleibt. — — —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. März.

Der Bismarck-Scandal hat noch keinen Staatsanwalt zum Einschreiten bewegt. Die „Freisinnige Zeitung“ verlangt, daß der Ex-Reichskanzler zum Ersatz der geschuldeten Pflichtwidrigkeit dem Welfenfonds entnommenen Gelder angehalten werde. Der Ersatz versteht sich von selbst; aber er genügt nicht — der Beamte, welcher sich einer derartigen Handlungsweise schuldig gemacht hat, ist strafbar und muß bestraft werden, wenn anders nicht das alte Sprichwort von den Kleinen, die man hängt, und den Großen, die man laufen läßt, glänzender als je zu Ehren gebracht werden soll.

Uebrigens sind wir — wie in unterrichteten Kreisen geglaubt wird — erst am Anfang der Enthüllungen. Der Lucius Bismarck, Stempelerlach war gewissermaßen die Oupertüre; nach wenigen Wochen kam die unerhörte Manipulation mit dem Welfenfonds an den Tag — what next? Welche Enthüllung wird nun folgen, um die Welt vollends aufzuklären über das innerste Wesen der Aera Bismarck?

Jedenfalls muß die Sache im Reichstag zur Sprache gelangen und wenn der Ex-Reichskanzler wirklich das Wagnis eines Gangs in den Reichstag unternehmen sollte, so könnte er vielleicht in der Lage sein, auf manche Frage, die sonst nur von dem Staatsanwalt oder Untersuchungsrichter gestellt zu werden pflegt, antworten zu können. Zum Beispiel auch auf die Frage, welcher Herkunft die abscheulichen Revolvernotizen in verschiedenen Schmutzblättern sind, dunkle Andeutungen, daß der Ex-Reichskanzler im Besitz von Papieren kompromittirender Art für gewisse hochgestellte Persönlichkeiten sei.

Wenn ein simpler Privatmann solche Revolverpraktiken liest, dann pflegt die Staatsanwaltschaft rasch bei der Hand zu sein. Hier scheint sie die richtige Fährte nicht finden zu können. Ein kleines Frage- und Antwortspiel im Reichstage könnte vielleicht auch den Nichtsuchenden auf die Spur bringen. —

Das süddeutsche Amtsblatt für Friedrichshagen, die früher einmal anständige Münchener „Allgemeine Zeitung“, bespricht an der Spitze ihrer letzten Nummer ausführlich den Welfenfonds. Auffallend an den Betrachtungen des Blattes ist, daß in demselben kein Dementi der gegen den Fürsten Bismarck vorliegenden Beschuldigungen zu finden ist. In der auch die frühere offiziöse Presse des ehemaligen Reichskanzlers charakterisirenden, doppel-sinnigen und unverschämten Ausdrucksweise wird die Frage behandelt. Für diese Manier ist z. B. folgender Satz des Blattes charakteristisch: „... um den angeblichen „Mißbräuchen“ entgegenzuwirken, welche allerdings wohl nur in der Phantasie eines Theiles der Presse existiren.“ Dann spricht das Blatt von „unbeweisbaren Ver-bachtigungen“ u. s. w.

Wie einfacher wäre es gewesen, statt zwei Spalten in diesem Tone einen Exkurs anzuführen, knapp und kurz zu schreiben: „Aus Friedrichshagen erfahren wir, daß der Welfenfonds in keine Beziehung zur Bötticher-Affäre gebracht werden kann.“ Freilich, wenn man das schreiben könnte, würde man es auch thun. Da dies aber nicht geschrieben wird, so sehen wir in den Ausführungen der „Allg. Ztg.“ bloß eine Bestätigung der durch die Presse gegebenen Meldungen. Zieht man noch in Betracht, daß das norddeutsche Amtsblatt von Friedrichshagen sich über die Affäre Bötticher konsequent ausschweigt, so wird man wohl annehmen dürfen, daß der aus dem Sachsenwalde geflogene Pfeil auf den Schützen zurück-geschossen ist. —

Sogar die nationalliberale Presse sieht sich gezwungen, gegen die Verwendung des Welfenfonds zur Unterstützung nothleidender Staatssekretäre und Rittergutsbesitzer zu protestiren, ja, freilich etwas spät, gegen die ganze Art der Verwaltung dieses geheimen Fonds Einspruch zu erheben; so verlangt der „Hannoversche Courier“, das Organ des Herrn v. Bennigsen, der Führer der nationalliberalen Partei und Verwalter des Welfen-

fonds in einer Person ist, eine andere Regelung der Zinsverwendung des Welfenfonds, auch die nationalliberale „Berliner Börsen-Zeitung“ gesteht zu, daß es mit dem Welfenfonds nicht mehr so weiter gehen könne. Interessant ist aber besonders, was die „National-Zeitung“ ausführlich schreibt: „Im ganzen aber, muß man zugestehen, haben alle Faktoren der Staatsgewalt in Preußen diesen — um uns sehr milde auszudrücken — höchst unregelmäßigen Stand der Dinge viel zu lange mit offenen Augen gebuhlet.“ Dies ist richtig und gilt in allererster Linie trotz der Anregungen des Herrn von Bennigsen von der nationalliberalen Partei und deren nicht selten aus dem Welfenfonds unterstützten Presse. Wie in derselben über freisinnige und sozialdemokratische Redner hergefallen wurde, die es sich nicht nehmen ließen, an den Wohlthaten des Welfenfonds Kritik zu üben, ist jedem Politiker in Deutschland wohl erinnerlich. Ja die Reiten ändern sich rasch und rascher noch als diese die Anschauungen und Urtheile der nationalliberalen Politiker. Was hätte die ehrenwerthe „National-Zeitung“ gesagt, wenn vor zwei Jahren ein anderes Blatt eine so schwere „Bismarck-beleidigung“ veröffentlicht hätte, wie wir sie heute in den Spalten der „National-Zeitung“ an hervorragender Stelle antreffen. Das Blatt nennt nämlich Bismarck „einen Freund der Anrufung der Gerichte unter „künstlichen“ Deduktionen“. Das nationalliberale Organ schließt seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß alle Parteien des Abgeordnetenhauses verlangen sollen, daß die unkontrollirte Verwendung der Erträge des sequestrirten welfischen Vermögens alsbald ihr Ende finden solle; diese „unaufschiebbare Entscheidung im Interesse der politischen Moral“ (dies sind Worte der Nationalzeitung) wird vom Landtage nicht auf die lange Bank geschoben werden können, denn auch die „Germania“ kündigt heute eine solche Aktion im Landtage an; wir vermuthen trotz dieser Ankündigung des offiziellen Parteiorgans, daß die Zentrums-Partei sich dies Mal, wie schon so oft, die Kasanien von anderen Parteien aus dem Feuer holen lassen wird, dies geht schon aus der auffallenden Zurückhaltung der ultramontanen Presse hervor, welche mit ihrer eigenen Meinung in der Welfenfonds-Frage zurückhält und sich fast einzig auf die Wiedergabe von Pressstimmen beschränkt, sie will eben nicht zeigen und hofft, daß der Welfenfonds jeht dem Herzog von Cumberland zufließen werde. Wie in unserem Leitartikel aber ausgeführt ist, darf hiervon nicht die Rede sein, denn der Welfenfonds ist Eigentum des Volkes. Was wir aber verlangen müssen, ist, daß er unter öffentliche Kontrolle gestellt und zu gemeinnützigen Zwecken verwandt werde. —

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat jetzt viel Raum zur Verfügung, denn sie darf über den die deutsche Politik beherrschenden Fall Bismarck-Welfenfonds — Böttich er wegen ihrer offiziellen Vergangenheit und Gegenwart nichts schreiben; Herr Pindter, der wohl jetzt schlaflose Nächte hat, weil ihm ja das nun unabänderliche Schicksal des Welfenfonds am nächsten geht, läßt, um seine Unentbehrlichkeit zu beweisen, gegen die Sozialdemokratie wettern. Daß er die besten literarischen Kräfte der Sozialdemokratie, den Mitarbeiterstab der „Neuen Zeit“ dunkle Ehrenmänner Marx und Lassalle Sophisten nennt, sind wir von den Mistgrubenprosaikern der „Nordd. Allg. Ztg.“ gewöhnt. Aber bei aller Verachtung, die wir für Herrn Pindter und seine Redakteure empfinden, hätten wir bei ihnen doch nicht einen so großen Mangel von journalistischem Takt vermuthet, daß sie zu der Zeit, wo alle Zeitungen, mit Ausnahme des „Reichs-Anzeiger“, der „Nordd. Allg. Ztg.“ und der „Hamb. Nachr.“ gezwungen sind, ihre Spalten mit Betrachtungen über die schmutzige Welfenfonds-Affäre zu füllen, von den sittlichen Kräften sprechen, die das Deutsche Reich gegründet haben und heute noch beleben. Herr Bismarck der Steuerhinterzieher, Herr Bismarck, der sich für eine Nationalspende zu gemeinnützigen Zwecken ein Rittergut kaufen läßt, Herr Bismarck, der die öffentliche Meinung in der unerhörtesten Weise korrumpirt hat, Herr Bismarck, der Veranstalter des Septembrischwinds, Herr Bismarck der Welfenfonds-Verwalter ist ja derselbe Herr Bismarck, der doch nach den früheren Jahrgängen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ das Deutsche Reich gegründet und belebt hat. Ist das eine sittliche Kraft?? Der „Norddeutschen“ geziemt es zu schweigen, ihre hohlen Phrasen verdammten sie mehr, als ein Eingeständniß ihrer Niedertracht. —

Fürst Bismarck läßt der Abwechslung wegen die Nachricht, daß er in Berlin zwei Häuser angekauft habe, dementiren. —

Sachsen-Weimar marschirt wieder einmal an der Spitze, freilich nicht, wie an der Wende des vorigen Jahrhunderts, als geistiger Mittelpunkt Deutschlands, sondern, wie es sich für unsere Zeit geziemt, in der Maßregelung unserer Bewegung. Hierüber wird der „Frankf. Ztg.“ unter'm 22. d. M. aus Weimar geschrieben:

„Sobald wird eine Entscheidung des hiesigen Ministeriums bekannt, auf Grund welcher die Rechtspolizei-Verbände nahezu jede sozialistische Versammlung verbieten können. Anlässlich des in Buttelshof erfolgten Verbotes einer solchen Versammlung hat nämlich die Regierung die erhobene Beschwerde abschlägig beschieden und ausgeführt: Die sozialdemokratische Partei habe öffentlich mit Nachdruck ausgesprochen, ihre Agitation unter die Landbevölkerung tragen zu wollen. Wenn in Ausführung dieses Vorhabens, außerhalb der Reichstagswahlzeit, Versammlungen dieser Art angeündigt würden, in denen bekannte sozialdemokratische Agitatoren aufzutreten beabsichtigen, so liegt Grund zu der Annahme vor, daß ein derartiges ausgesprochenes agitatorisches Verhalten schließlich nicht ohne empfindliche Störung und Gefährdung der öffentlichen Ordnung vorüber gehe. Ein aus dieser Besorgniß hervorgegangenes Verbot der Versammlung sei daher nur gerechtfertigt.“ —

Wohl angeregt durch die Zukunfts-Strahenschlacht-Phantasien des Herrn Reichskanzlers Caprivi veröffentlicht das „Militär-Wochenblatt“ zum Andenken an den 18. März eine militärwissenschaftliche Studie über die Kämpfe in Berlin während der Märztage 1848.

Daß das amtliche Organ des Kriegsministeriums einen solchen Artikel zu solcher Zeit bringt, hat unzweifelhaft einen politischen Zweck. Was ist der Zweck? Will man die Sozialdemokraten einschüchtern? Das ist nicht anzunehmen, denn erstens weiß man, daß die Sozialdemokraten sich nicht einschüchtern lassen; und zweitens kann die Erinnerung an einen Sieg des Volks ihrer Natur nach nicht einschüchternd auf Sozialdemokraten wirken. Und ein Sieg des Volks war der 18. März 1848, wenn

auch alle Militärwissenschaftler sich selbst und die Wahrheit hundertmal auf den Kopf stellen.

Oder will man provoziren? Wir können das nicht glauben — die Sache sieht aber gerade so aus, als wäre eine neue Straßenschlacht den Urhebern jenes Artikels sehr erwünscht. Wozu sonst so demonstrativ daran erinnern, daß das Volk von Berlin einmal die Arme in einer Straßenschlacht überwunden hat? Nun — die Herren, die sich mit derartigen Rechnungen und Hoffnungen befassen, thäten besser, sich nützlichere Arbeit zuzuwenden. Wir Sozialdemokraten sind nun einmal entschlossen, all ihre Rechnungen und all ihre Hoffnungen zu Nichte zu machen — und namentlich auch die auf eine Straßenschlacht.

Wir haben wirksamere Waffen als Flinten und Kanonen, die bekanntlich vor Niederlagen nicht schützen. —

Die Milde rung des Paktzwanges in Elsaß-Lothringen soll eigentlich nur den reichen Leuten zu Gute kommen, die mit durchgehenden Willeiten in den Salonwagen der Blüthige fahren. Ueberall kommt der Klassen-Charakter unserer Staatsverwaltung zum Ausdruck. —

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung dem Entwurfe eines Gesetzes betreffend die Abänderung des Patentgesetzes nach den Beschlüssen des Reichstages zugestimmt.

Der internationale Bund für Sonntagsheiligung wird in diesem Jahre in Stuttgart einen internationalen Kongreß abhalten. Alle Bourgeoispartei werden dort vertreten sein und für die Sonntagsheiligung Reden halten lassen, während sie in den Parlamenten gegen jede vernünftige Regelung der Sonntagsruhe stimmen. —

Die „Köln. Ztg.“ bespricht in einem Leitartikel die Frage der gewerlichen Verbände, Kartelle und Ringe. Daß es da an schießen Auffassungen, falschen Informationen und Fehlschlüssen nicht fehlt, weiß jeder, der die „Kölnische Zeitung“ liest und weiß, daß sie ein Organ der Unternehmertkoalitionen ist. Unter anderem behauptet sie, daß die Kartelle im Gegensahe zu den Ringen nationale Industrie-Organisationen sind, was jedem Kenner der Literatur, ja auch nur jedem Leser des Kartellorgans „Industrie“ als eine Täuschung des Lesepublikums erscheinen muß. Ferner schlägt die „Köln. Ztg.“ der Wahrheit brutal in's Gesicht, wenn sie bestreitet, daß die Kartelle in's Ausland billiger liefern als ihren inländischen Kunden. Dies genügt zur Charakterisierung der Bertheidigung der Kartelle durch ihr vornehmstes Organ. —

Nach dem großen Siege der Jungtschechen scheint sich nun die Partei in zwei Gruppen spalten zu wollen, in eine, welche das panslawistische und in eine andere, welche das demokratische Moment mehr betonen will. —

In Belgien scheint man doch in letzter Stunde den Arbeitern etwas entgegenkommen zu wollen.

Wie das Brüsseler Journal „Chronique“ mittheilt, hätte der König gestern unmittelbar nach seiner Rückkehr von London die Minister zu einem Ministerrath zusammenberufen und denselben mitgetheilt, es sei unumgänglich notwendig, eine Revision der Verfassung in Angriff zu nehmen. Der König habe hinzugefügt, er sei angefaßt der im Lande herrschenden Agitation bereit, ein Dekret über die Auflösung der Kammern zu erlassen. —

Der Kampf zwischen den Parnelliten und Anti-Parnelliten in Irland wird wieder in roher Art aufgenommen. Ein Telegramm aus Cork (Irland) meldet hierüber:

Ein Anhänger Parnells griff heute den zu Parnells Gegnern gehörenden Deputirten Timothy Healy in dessen Wohnung thätlich an und zertrümmerte dabei durch einen heftigen Schlag das von Healy getragene Augenglas. Wie es heißt, wären die Augen verletzt und die Sehraft gefährdet.

Offentlich ist dies aber nur ein einzelstehender Fall. Sicher ist, daß derartige Formen einer Diskussion jeder guten Sache schaden müssen.

Nach einer anderen Meldung soll Parnell ein Zeichen, freilich kaum ein aufrichtiges, seiner friedlichen Gesinnung gegeben haben. Das Herald-Bureau versendet nämlich folgende Depesche:

Parnell veröffentlicht einen Brief, den er selbst an den Parnellitischen Ausschuss in Cork gerichtet hat und worin er jeglichen direkten Verkehr mit Healy in Folge der Beleidigungen und Verleumdungen des letzteren für unmöglich erklärt. Parnell erklärt zugleich, er habe an Nolan geschrieben, er werde sein Amt niederlegen, wenn Healy dasselbe thue. Das heute ausgegebene „Freeman Journal“ bezweifelt, ob Healy dies thun werde. —

Das portugiesische Militärgericht hat das Urtheil über die Theilnehmer am letzten republikanischen Putsch gesprochen. Eine Depesche meldet hierüber:

Das Militärgericht verurtheilte heute die Hauptschuldigen bei dem Aufstande vom 31. Januar zu Zellengefangniß von 4 Jahren mit darauffolgender Deportation nach Afrika bis zu 18 Monaten Zuchthaus. Von Militärpersonen wurden 266 verurtheilt und 240 freigesprochen; von Zivilpersonen 7 verurtheilt und 15 freigesprochen.

Wir bezweifeln, daß dieses Urtheil die Monarchie in Portugal stärken wird.

Gleichzeitig mit dieser Depesche traf eine andere ein, welche eine Ministerkrise in Portugal in Aussicht stellt. —

Ueber den Aufstand in Chile meldet eine Depesche aus Valparaiso furchtbare Einzelheiten.

Hiernach wurden 200 gefangene Insurgenten zusammengeschossen und mit Kanonen und Gewehren zusammengeschossen. Das Telegraphenamt in Iquique wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen. —

Wie unsere Leser sicher sofort bemerkt haben werden, ist durch falsches Umordnen der zweite Theil der Notiz „billige Maurer- und Steinmeharbeit“ (3. Spalte der 2. Seite) zwischen unsere beiden Notizen über den Welfenfonds in die erste Spalte gestellt worden.

## Briefkasten der Redaktion.

N. N. Wird verwendet. Bitte, besuchen Sie, wenn es Ihnen paßt, mich morgen — Mittwoch — gegen 6 Uhr Abends auf der Redaktion. N. N.

G. S. 41. Das wissen wir nicht; wenden Sie sich an einen Berseemann.

A. S., Gräsestr. Haben wir Platz im Blatte, so werden wir antworten.

Martha 64. Sie sind auf dem Holzwege.

### Theater.

Mittwoch, den 25. März.  
 Opernhaus. Die Walküre.  
 Schauspielhaus. Der neue Herr.  
 Festung-Theater. Der Probenstein.  
 Berliner Theater. Die Jungfrau von Orléans.  
 Deutsches Theater. Die Kinder der Götter.  
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Vogelhändler.  
 Wallner-Theater. Miß Helgett.  
 Residenz-Theater. Der selige Loupinel. Vorher: Die Schulkreuzer.  
 Viktoria-Theater. Die sieben Raben.  
 Belle Alliance-Theater. Othello.  
 Abend-Theater. Der Roland.  
 Thomas-Theater. Der Millionenbauer.  
 Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.  
 Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
 Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
 Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
 Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
 Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Dienstag, den 31. März:  
 Abschieds-Vorstellung.

### Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Platz.  
 Heute, Abends 7 1/2 Uhr:  
 Große Vorstellung.

Das mit besonderer Sorgfalt gewählte Programm besteht aus 10 der vorzüglichsten Repertoire-Nummern.  
 Auftreten der besten Reiterinnen u. Reiter. Vorführer und Reiter der bestbesetzten Freiheits- u. Schulpferde. Komische Entrees sämtlicher Klowns.  
 Nur noch einige Male:

### Circus unter Wasser.

Auf vielseitiges Verlangen:  
 Die Marionetten.  
 Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem Programm.  
 Die Marionetten.

### Etablishement Buggenhagen

am Moritzplatz.  
 Täglich:  
 Unterhaltungs-Musik.  
 Direktion A. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Ausgang von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

### Gratweil'ige Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich:  
 Grosses Concert  
 ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor D. Sanftleben unter Mitwirkung des Opernsängers u. Konzertmalers Signor Traviaki aus Rom.  
 Empfehle zugleich meinen Frühstücks- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.  
 708 F. Sodtke.



Passage-Panopticum.  
 Unter d. Linden 22/23.  
 Knabe mit 2 Köpfen.  
 Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.  
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

Castan's Panopticum.  
 Jetzt: Friedrichstr. 165.  
 Neu:  
 Azteken.  
 Prof. Dr. R. Koch  
 im Laboratorium.  
 Geöf. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Berl. Bock-Brauerei,  
 Tempelhofer Berg.  
 Täglich:  
 Alt-Berlin auf d. Bock.  
 Humoristisch-historischer Rückblick zur Feier der  
 Bock-Saison 1891,  
 verbunden mit gr. Militär-Konzert.  
 Anfang:  
 Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.  
 Berl. Original-Bockbier in Flaschen, direkt von der Brauerei, 20 Flaschen für 3 M. Pfand frei.  
 Dr. Hoesch, homöopath. Arzt  
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

**Achtung! Achtung! Achtung!**  
**Berliner Streik-Kontrollkommission.**  
 294b) **Öffentliche Versammlung**  
**der Delegirten z. Berl. Streik-Kontrollkommission**  
 am Donnerstag, den 26. März, Abends 8 Uhr,  
 in Deigmüller's Salon, Alte Jakob-Straße Nr. 48a.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Berichterstattung und Anträge der Vergolder. 2. Berichterstattung über den Streik der Steinbrücker. 3. Berichterstattung über den Streik der Klavierarbeiter. 4. Wie verhält sich die Berliner Streik-Kontrollkommission zur Uebernahme der Sammelbons für die ausgesperrten Arbeiter Deutschlands? 5. Stellung der Berliner Streik-Kontrollkommission zu dem gefassten Beschlusse der Maler. 6. Verschiedenes.  
 J. H. Jul. Hildebrandt, Delegirter der Drechsler.

**Fachverein der Tischler.**  
 Heute, Mittwoch, den 25. März, Abends 9 Uhr:  
**Ausserordentliche General-Versammlung**  
 in Norbert's Sälen (früher May), Beuthstr. 21-22.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Sievert. 2. Diskussion. 3. Der Streik der Mainzer Tischler. 4. Die Angelegenheit König und Genossen. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt.  
 Der Vorstand.

**Achtung! Musiker! Achtung!**  
**Große öffentliche Versammlung**  
**aller Zivil-Berufs-Musiker Berlins**  
 und Umgegend  
 am Donnerstag, den 26. März, Nachmittags präz. 3 Uhr,  
 in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee Nr. 11-12.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wie stellen wir uns zur Arbeiterbewegung und wie organisiren wir uns? Referent: Stadtverordneter P. Zedell. 2. Diskussion. 3. Gründung eines Vereins. 4. Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung der Statuten. 5. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt.  
 Der Einberufer.

**Achtung, Filzschuh-Arbeiter!**  
 Am ersten Osterfeiertag:  
**Große Herren-Fußpartie nach Friedrichshagen.**  
 Treffpunkte: im Norden: Rosenthaler Thor (Ringbahn-Wartehalle) früh 7 Uhr; im Osten und Südosten: Stralauer Platz früh 7 1/2 Uhr. Abmarsch pünktlich um 8 Uhr. Für Nachzügler: Nachmittags 2 Uhr in Friedrichshagen bei Konrad.  
 Um rege Theilnahme ersuchen  
 Die Beauftragten.

**Verein der Klempner Berlins u. Umgeg.**  
 Donnerstag, den 26. März, Abends 8 Uhr,  
 in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstrasse 77-79:  
**Große Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Zweite Vorlesung: Moses oder Darwin? Vortrag von Professor Dr. Döbel. Port. 2. Verschiedenes und Fragen. Gäste willkommen.  
 Zu der am 1. Osterfeiertag Vormittags im Abend-Theater stattfindenden Matinee sind Billets in allen mit Plakaten belegten Handlungen, in den Zahlstellen und zu jeder Zeit im Restaurant Stramm, Ritterstr. 123, zu haben. Der Ertrag ist zum Besten des Unterstützungsfonds.  
 Der Vorstand.

**Vereinigung der Maler u. verw. Berufsgenossen.**  
 Mittwoch, den 25. März, Abends 8 1/2 Uhr:  
**Kombinierte Versammlung sämtlicher Filialen Berlins**  
 im Restaurant Grindel, Breslauerstrasse 116.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Fachschul-Kommission. 2. Unser Arbeitsnachweis. 3. Verschiedenes.  
 Alb. Kubs, Remelerstr. 2.

**Achtung!**  
 Die zum ersten Osterfeiertag veranstaltete  
**Wohlthätigkeits-Matinée**  
 des Berliner Sanitäts-Vereins findet nicht im Saale der Aktienbrauerei „Friedrichshagen“, sondern im Saale des  
**Böhmischen Brauhauses,**  
 Landsberger Allee 11-13, statt. — Der Saal der Aktienbrauerei „Friedrichshagen“ ist irrtümlich anderweitig vorgeben. — Die ausgegebenen Billets behalten ihre Gültigkeit.  
 Das Komitee.

Soeben erschienen!  
 Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt,  
 Berlin SW., Beuthstraße 3.  
 Soeben erschien und ist von uns zu beziehen:  
**Die Frau und der Sozialismus.**  
 Von  
**August Bebel.**  
 Neunte gänzlich umgearbeitete Auflage  
 von des Verfassers  
 „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“  
 Preis broschirt 2 M., gebunden 2,50 M.  
 Der beispiellose Erfolg, den der Verfasser mit den früheren Auflagen seines Werkes erzielte, obgleich dasselbe, durch das Sozialistengesetz verboten, den großen Volkskreisen nur schwer zugänglich war, ist dieser neuen Auflage, nachdem dies Hindernis gefallen, in erhöhtem Maße sicher. Alle Gesellschaftsklassen bringen dem Buche das lebendigste Interesse entgegen und so sei dasselbe zunächst den Parteigenossen zur weitesten Verbreitung empfohlen.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Beuthstraße 3.  
 In neuer Auflage erschien soeben:  
**Wissen ist Macht, Macht ist Wissen.**  
 Festrede  
 von  
**Wilhelm Liebknecht.**  
 4 Bogen 8°. — Preis 25 Pf.  
 Durch politische Macht zur Freiheit, um durch sie allen Volkstheilen die Bildung zugänglich zu machen, ist eine mächtige Triebfeder der modernen Arbeiterbewegung. Gerade jetzt dürfte diese Schrift Liebknechts zur weitesten Verbreitung geeignet sein, wo die Gegner mit allen ihren geistigen Waffen die Sozialdemokratie bekämpfen wollen. „Wissen ist Macht“ zeigt, mit welcher Art Bildung die Bourgeoisie die Proletarier abspießt, während sie für sich und ihre Söhne alle Schloßen des Wissens offen hält.

**Elegante Sommer-Paletots und Anzüge**  
 in Rock- und Jacket-Facon, in den modernsten Mustern zu soliden Preisen liefert der bekannte  
**Central-Bazar**  
 für Herren- und Knaben-Garderobe  
 von **Julius Lindenbaum,**  
 139, Frankfurter-Straße 139,  
 zweites Haus an der Frucht-Straße.  
 Gleichzeitig mache meine geehrte Kundschaft darauf aufmerksam, daß mein Lager in Stoffen für die Frühjahrs- und Sommer-Saison zur Aufertigung nach Maß aufs Reichhaltigste assortirt ist.  
 Großes Lager in Arbeitsfachen.

Berlin S. **A. Schulz** Berlin S.  
 34 Wasserthor-Straße 34.  
**Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.**  
 Gediegene Arbeit. Zeitgemäße Preise. Coulaute Zahlungsbedingungen.

**die Rohrtabak-Niederlage**  
 von **F. Leopold,** Berlin N.,  
**Brunnen-Strasse No. 6,**  
 empfiehlt **Sumatra-Tabake** von 1,10—3,50. **Felix-Brasil** von 95 bis 1,50. **Carmen** von 95—1,15. Java-Umlatt-Einlage von 90—1,10, sowie alle anderen inländischen und überseeischen zur Cigarrenfabrikation nöthigen Tabake.

auf Theilzahlung, Kommandantenstr. 51,  
 Ecke Alexandrinenstraße,  
**Möbel Cohn Gebr.,** Oranienstraße 58, 1.  
 am Moritzplatz.  
 Einen Posten gebrauchter Möbel zu jedem Preise.  
 Beamten ohne Anzahlung.

Empfehle den Genossen meine  
**Glaserei und Bildereinnahme**  
 Lassalle, Marx, Fr. Engels etc. in Original-Aufnahmen.  
 Die Arbeiterbewegung 1890. — Sozialdemokratische Sittensprüche. — Gruppenbilder. — Das Fahnenbild Lassalle's, auf seinem Kartonpapier pr. Stück 75 Pf.  
 Bestellungen nach auswärts brieflich gegen Nachnahme.  
 Karl Scholz, Wrangel-Straße 32, parterre.

**Bettfedern**  
 neue, gut gereinigte, von 60 Pf. an. Fertige Betten, bestes aus: Deckbett, Unterbett, 2 Kopfkissen, neue gute Federfüllung von 12 M. an. Vollständiges reines Daunennest von 27 M. Fertige Zulettis und Bezüge zu Fabrikpreisen.  
**Matratzen**  
 Seegrassfüllung, nur 3,75, Indiasäfer- und Rohhaarfüllung, spottbillig. Feldbetten 9 M. Große Auswahl von Bettstellen, Kinderbettstellen, Steppdecken von 2,75 an. Mein langjähriges Renommee bürgt für strengste Reclität.  
**D. Feibel,**  
 Berlin, Chaussee-Straße 111.  
 Telephon-Amt III. 948.

Geschäftshaus E. Heine.  
**Chausseestraße 14**  
 Die schönsten  
**Kinder-Kleider**  
 für Mädchen jeden Alters, sowie  
**Morgencröde, Unterröde,**  
**Tricottailen u. Blousen**  
 auch im Einzelverkauf sehr billig!  
 Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!  
**Chausseestraße 14**  
 Geschäftshaus E. Heine.

Das gr. Lager Berlins  
**Kinderwagen.** Andreasstr. 23, S. v.  
**Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.**  
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
 Brunnenstraße 28, Hof parterre.  
 Theilzahlung nach Ueberreife.

**Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren**  
 empfiehlt  
**H. Strelow,** Rixdorf  
 Berlinerstr. 40, am Denmal.  
**Ausverkauf** von Herren- und Knaben-Garderobe und Sommer-Überzieher, billige Jäger-Strasse 67, Hof.  
 Empf. all. Genossen mein Bücher- und Pinsel-Geschäft.  
 A. Leue, Rostigstr. 18.

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

**Aus Anhalt, 21. März.** Wieder eine Versammlungslösung. Am vergangenen Sonntag wurde in Freckleben eine sozialdemokratische Versammlung von dem überwachenden Gendarm aufgelöst, als der Referent bei einer Besprechung der Lebensmittelpreise die Rede des Staatsministers Theopold von 3. März 1887 zitierte, der die Auflösung des Landtages androhte, wenn dieser die von der Regierung abgelehnten Kornzölle beschließen würde. Bei der Ausrufung, daß in der That am 4. März 1887, als mit geringer Majorität die Getreidezölle angenommen worden waren, der Landtag aufgelöst wurde, schritt der überwachende Beamte ein und löste die Versammlung auf.

**Karlsruhe, 21. März.** Die Rastatter Kranzwidmung an die im Jahre 1849 von der Reaktion erschossenen, die seit Sommer vorigen Jahres die badischen Behörden beschäftigt, ist durch eine Entscheidung des Oberlandesgerichts in ein neues Stadium getreten. Am 10. August 1890, dem Jahrestage der Rastatter, wurden in aller Frühe und Stille an die Grabkreuze einiger Erschossener Kranze mit Schleifen angebracht. Da die Schleifen jedoch meist roth waren, eine Farbe, die auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Polizei immer mehr oder weniger in Erregung versetzt, und da zudem die Schleifen Inschriften trugen, so fürchteten die wachsamsten Sicherheitsorgane Rastatts Unruhe und Aufruhr und entfernten die Kranze. Ein Kranz mit der Schleifen-Aufschrift: „Den Opfern der Willkür und des Unverstandes, den Kämpfern für Freiheit und Recht, den Todten gewidmet von den Lebenden zum 10. August von den Mitglieðern des „Vorwärts“ in Baden“ war die Ursache besonderer Befürchtungen. Dank eifriger Fahndung gelang es auch, den Uebeltäter in der Person des „rothen Apothekers“, Th. Lutz in Baden, zu ermitteln. Ein Strafbefehl von 6 M. war die Folge — weßwegen, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden —, der auf dem Gebiet des Strafrechts Unbewanderte ahnt, daß dies nur wegen groben Unfuges gewesen sein kann. Herr Lutz wollte jedoch nicht einsehen, wieso grober Unfug darin erblickt werden könne, daß er in der fabelhaften Früh eines Rastatter Augustmorgens still die Kämpfer des Jahres 1849 gedehrt hatte. Auf erhobenen Einspruch bedeuteten ihm jedoch Schöffengericht wie Strafkammer, daß der Kranz dazu angethan gewesen, Verwirrung, Bestürzung und Tumult in den Massen zu verursachen und die öffentliche Ordnung zu stören. Die Revisionsverhandlung vor dem Oberlandesgericht war eine hochinteressante. Der Verteidiger des Angeklagten, Dr. Ludwig Weyl, hatte insofern einen schweren Stand, als die Feststellungen des Landgerichts für ihn nach den prozessualen Grundsätzen des Rechtsmittels der Revision unangreifbar waren. Nach längeren Debatten gelangte der Antrag des Verteidigers auf Aushebung des letztinstanzlichen Urtheils zur Annahme und es wurde die Sache nochmals an das Landgericht zurückverwiesen. Auf die demnächst stattfindende Verhandlung wird um deswillen zurückzukommen sein, weil die Zurückverweisung offenbar auf Grund der vom Verteidiger entwickelten, die bisherige Gerichtspraxis belämpfenden Auffassung des „groben Unfuges“ erfolgte. Vor der Wiederholung der Verhandlung mag nur noch darauf hingewiesen sein, wie eigentümlich die Bestürzung des Publikums, die Störung der öffentlichen Ordnung im guten Rastatt anmuthet, wenn man eben gelesen hat, wie in der Millionenstadt Berlin zum 18. März die Arbeiter nach den Gräbern der Märzgefallenen wanderten und dort zahlreiche Kranze mit rothen Schleifen und entsprechenden Inschriften niederlegten, ohne daß es der Berliner Polizei auch nur einfiel, die Hand zu rühren.

**„Neuer“ Kurd.** Das erste und zweite Blatt der Sonntagsnummer der „Mannheimer Volksstimme“ ist auf Grund der §§ 94 und 98 der Str.-Pr.-O. und § 130 des R.-Str.-G.-B. mit Beschlag belegt worden.

**Die „geistige“ Bekämpfung der Sozialdemokratie.** In einem „Vortrage“, den ein Pfarrer, Namens Freimond, aus Basel, dieser Tage in Wülhausen i. G. im evangelischen Junglingsverein hielt, behauptete dieser „gebildete“ und „gelehrte“ Neopresident der christlichen Wahrheitsliebe nach einem Berichte der „Neuen Wülh. Ztg.“ u. A.: Der Sozialismus betrachte Stehlen und Ehebrechen als zu der von ihm geforderten „Freiheit des Genußes“ gehörig. Ob dieser „Diener Gottes“ wohl den Muth haben würde, diesen Unsin in einer sozialdemokratischen Versammlung zu verteidigen?

Der Dresdener Schuldirektor, Herr Gosh, hat ein neues Schulprogramm verfaßt und allen Schülern mit nach Hause geben lassen. Darin ist zu lesen: Die „verderblichen“ Freizeiten der Sozialdemokratie müssen durch die Schule bekämpft werden. Und weiter wird allen Ernstes versichert: Die Quelle der Sozialdemokratie sei eigentlich nur die Genußsucht der Kinder. „Beseitigen wir die Genußsucht, besonders bei den ärmeren Kindern, so ist auch die Sozialdemokratie tot und besiegt.“ Unser Dresdener Parteiorgan, die „Sächs. Arb.-Ztg.“, bemerkt dazu:

„Das Dresdener Schulprogramm, in welchem diese fulminanten Auslassungen stehen, wird jetzt in circa 9000 Exemplaren den Schülern zur Bekämpfung der Ansichten ihrer Eltern mit ins Haus gegeben. Da aber mindestens drei Viertel der Eltern unserer Bezirkschüler zu unseren Genossen zählen, so ist mindestens als eine gradezu ungeheuerliche pädagogische Taktlosigkeit anzusehen, wenn auf Kosten der städtischen Steuerzahler der politische Parteikampf in die Schulen getragen wird. Merkt es Euch, Genossen, wozu der „Arbeitergroßes“ von der Stadt-Schulverwaltung verwendet wird. Für heute aber nur noch eine kurze Bemerkung. Wenn Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand zum Sozialistentöden. Aber böse Beispiele von Genußsucht verderben gute Sitten. Von einem Arbeiter wird uns jedoch bestimmt versichert, daß während in der öffentlichen Prüfung der Herr Direktor Gosh den Vorzug hatte, seine sehr heirathsfähige Tochter unter den Zuschauern thronen und mit Straußenfedern lösslicher angethan war, als Salomo in aller seiner Herrlichkeit. Ei, ei, Herr Direktor! Die Genußsucht ist doch potentissime Genußsucht. Und die Genußsucht unserer Kinder führt doch in die Arme der Sozialdemokratie, wie Sie selbst gesagt haben, Herr Gosh.“

Freilich nur die „Genußsucht“ der ärmeren Kinder! — Ein sächsisches „Ordnungsblatt“, so sich stolz „Vaterland“ betitelt, giebt seinen Wünschen betreffend die „geistige“ Bekämpfung der Sozialdemokratie auf dem Lande in folgendem hübschen Bilde Ausdruck:

„Zeyner (diesen Namen führt der sozialistische Agitator) versuchte nun das zweite Mittel, die Schriftverbreitung. Hierin schien er mehr Erfolg zu haben. Freilich mußte er recht vor-

sichtig sein. Als er auf des Großbauers Hof kam, um einige alte Zeitungen und Flugchriften unter die Knechte zu vertheilen, stand der Großbauer grade an der Hausthür. „Was führt Euch zu mir?“ fragte er nicht sonderlich freundlich; „ich habe keine Schweine zu schlachten.“ Und als Zeyner erwiderte, daß er nicht bedrohen komme, sondern um den Knechten etwas zu geben, begann der Großbauer so eigen zu lächeln und sagte: „Aha, psi! Es aus dem Loch? Da seht nur genau zu, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Meine Knechte bedürfen Eures Besuchs nicht.“ Dann ging er zur Hundehütte und letzte den Hofhund los. Zeyner aber wandte sich zum Gehen; denn er wußte, daß die Zähne des Hundes ebenso scharf waren, wie die Bestimmungen des Straf-Gesetzbuches über den Hausfriedensbruch. Aber sonst, in der Kneipe und draußen, brachte er viel Waare an den Mann. Doch die Wirkung der Waare war nicht immer die erwünschte.“

Also: „Hände los, wenn der Sozialdemokrat kommt!“ Dieser „geistige Kampf“ stellt sich nämlich neben die bekannte Aufforderung: „Zungens, haltet die Dreckschlegel parat!“

## Lokales.

**Die fürsorglichen Unternehmer.** Das Kapitalistenblatt, die „National-Zeitung“ bringt einen langen Aufsatz über die Schädlichkeit des Schnapsverkaufs auf den Baustellen, es soll damit wahrscheinlich der Beweis geführt werden, daß die Bau-Arbeiter viel zu hohe Löhne erhalten und aus purem Uebermuth sich dem Schnapsgenuss hingeben, und daß die armen Bau-Unternehmer mit ruhigem Gewissen denselben einige Lohnabzüge machen können. Vorläufig spricht das sonst ausschließlich Kapitalisten-Interessen vertretende Blatt diese seine Verzeiwünsche nicht offen aus, läßt sie vielmehr nur durchblicken und verschauzt sich hinter der Humanitätsphrasen. Sie sagt gemeinsam mit einem Oberbaudirektor Franzius, welcher den Temperenzlerapostel für Bau-Arbeiter spielt — aber auch nur für die Arbeiter, bei Leibe nicht für die „oberen Feindtaufend“ — „das Fernhalten des Schnaps von den Baustellen ist vielleicht die wichtigste aller Einzelmaßregeln.“ — Als Abwehrmittel wird den Bau-Unternehmern die Kaffee empfohlen, und es werden ihnen die bestmöglichen Vorwürfe gemacht, daß sie den ihnen meist unter diesem Namen vorgeführten Aufwuch nicht annehmen wollen.

Sie mögen kaum etwas Anderes; und etwas Neues, Kaffee, nehmen sie nicht so leicht vom Arbeitgeber an, während das moderne Angebot gemeinnützlicher Kaffeehallen dem öffentlichen Bau im Freien nicht von einem Ort zum anderen nachfolgen kann.“

Also schließlich sollen die Arbeiter wohl gar „Kaffee“ als Zahlungsmittel vom Arbeitgeber in Empfang nehmen! Als geeignetes Auskunftsmittel erscheint dem Herrn Ober-Baubaudirektor und der mit ihm verbündeten „National-Zeitung“ das polizeiliche Verbot des Schnapsverkaufs auf den Baustellen und Einrichtung von Kantinen, deren Inhaber unter der strengsten Kontrolle der Polizei und des Arbeitgebers gestellt und von diesen vollständig abhängig sein müssen. Das könnte den Herren so recht passen! — Den Arbeitern soll etwas gänzlich verboten werden, jedoch die „Vorgezogenen“ sind davon ausgeschlossen, wie aus Folgendem hervorgeht:

„Auch gebe sich der Obere nie dem Genuße hin, wenn er damit fürchten muß, seine Untergebenen begehlich, unzufrieden oder neidisch zu machen.“

Die wahre Jesuitenmoral! Hier geben sich diese Herren den Anschein, als ob ihnen das Wohl und die Gesundheit der Arbeiter so sehr am Herzen liege. Und ist nicht erinnerlich, daß die „National-Zeitung“ je für das Interesse der Arbeiter eingetreten ist, wenn dieselben die ungesundesten und bedrückendsten Mißstände beseitigt wissen wollten. Als die Bau-Arbeiter vor Kurzem bei den Arbeiten im Bau während des Winters verlassene Fenster, sowie Beseitigung der offenen, qualmenden Kofekassen und Einrichtung von Bauhütten verlangten, da fühlten sich diese Herren nicht veranlaßt, für derartige, vom humanitären Standpunkt so selbstverständliche Forderungen einzutreten.

Die Arbeiter haben bisher nicht nötig gehabt, die Hilfe der „National-Zeitung“ anzurufen und werden es wohl auch nicht thun, mag diese sich also um das Wohl ihrer Leser kümmern.

**Es wird immer besser!** Wenn bisher von „Arbeiternoth“ die Rede war, so wurde das Wort gewöhnlich so verstanden, daß man darunter die Noth des Arbeiters begriff. In der Ära der neuen Sozialreform hat nun unter den vielen merkwürdigen Veränderungen, die auf sozialem Gebiete vor sich gegangen sind, auch dieses Wort eine andere Bedeutung erhalten. „Arbeiternoth“ bedeutet heute nicht mehr die „Noth des Arbeiters“, sondern „Noth des Unternehmers“ wegen der nöthigen Arbeitskräfte! Also werden wir belehrt durch das „Tegeleer Kreisblatt“, welches folgende Noth enthält:

„Der Arbeiternoth beim Fällen des Holzes im Walde abzuhelfen, hat man sich hiesigen Orts entschlossen, das Geschäft des Holzschlagens durch Soldaten besorgen zu lassen. Es arbeiten im Walde unseres Ortes bereits eine stattliche Anzahl Pioniere.“

Wir trauten unseren Augen kaum, als wir diese Noth lasen. „Man“ hat sich hiesigen Orts entschlossen? Wer ist „Man“? Erst vor wenigen Tagen ging durch die Presse die Nachricht, daß eine Militärabtheilung aus Dramenburg zurückgekehrt sei, welche die Fertigstellung des zweiten Geleises auf der Nordbahn bis dorthin besorgt hatte. Jetzt werden wieder Soldaten zum Holzfällen in der Tegeleer Forst benutzt. Das sieht ja beinahe aus, als ob in Berlin gar keine Arbeiter mehr zu haben wären.

Wir haben daraufhin Erkundigungen über diese Art der militärischen Ausbildung eingehen lassen, und es wird uns nun von zuverlässiger Seite folgendes mitgetheilt:

Arbeiter, welche noch gegenwärtig in der Tegeleer Forst beschäftigt sind, erhalten für den Meter Holz zu fällen, sägen, spalten und aufmetern sechzig Pfennige. Gewöhnlich arbeiten zwei Mann zusammen und liefern dann täglich 3 bis 4 Meter. Für Stangen oder Spizen von 7 bis 8 Meter Länge, welche abgepaßt, d. h. von dem Strauchwerk befreit werden müssen, erhalten die Arbeiter 7 Pfg. pro Stück. Die Arbeiter dürfen sich auch Holz, das aber nicht über drei Zoll im Durchmesser stark sein darf, mit nach Hause nehmen, das ihnen dann zu einem bestimmten Preise berechnet und der Betrag vom Lohne gekürzt wird. So erziehen wir, daß zwei Arbeiter, von denen jeder 4 M. 80 Pfg. Lohn in einer Woche verdient holt, von diesem Lohne 4 M. für das mit ihnen zuziehende billige Holz gekürzt werden waren, sodas sie mit 80 Pfg. Wochenlohn nach Hause gingen. Es ist begreiflich, daß diese „lohnende“ Arbeit von keinem Menschen auf die Dauer verrichtet werden kann. Es sind daher meist Leute, die im Winter keine Beschäftigung haben und nun diesen geringen Verdienst mitnehmen. Aber die Forstverwaltung hat immerhin den Vortheil, daß sie billige Arbeitskräfte anzuweilt und ihr Holz daher zu einem billigeren Preise gefaßt erhält, das sie in der unmittelbaren Nähe von Berlin zu guten Preisen

verkauft. Die Arbeiter müssen sich auch noch, um das Aufmetern des Holzes zu besorgen, ein kleines Fuhrwerk, gewöhnlich einen Hundewagen, halten, mit dem das zerleinerte Holz an einen Ort zusammengefahren wird. Trotz dieser elenden Lohverhältnisse hat es an Arbeitern für die Forstarbeit noch nie gefehlt; nur als dieselben kürzlich über den schlechten Verdienst sich beklagten und die Wahrscheinlichkeit vorhanden war, daß sie gemeinsam vorgehen würden, um bessere Löhne zu verlangen, wurden sie sämmtlich entlassen, und es traten Pioniere an ihre Stelle, die aber auch nach 5 Tagen bereits wieder abberufen wurden. Genauer über diese ganze Angelegenheit ließ sich nicht ermitteln, nur soviel steht fest, die kgl. Forstverwaltung ist mit der Einrichtung ihrer Arbeiterverhältnisse von einer Musteranstalt noch ziemlich weit entfernt.

**Armer Herwegh.** Im preussischen Abgeordnetenhause hatte es am 16. März unter den dort anwesenden edlen Schlagzigen Entschens und Entrüstung hervorgerufen, daß es gemagt wurde, für polnische Arbeiter ein im Geiste der modernen Arbeiterbewegung redigirtes Arbeiterblatt herauszugeben. Der Abgeordnete Szmula rief Staatsanwalt und Polizei gegen das Blatt, welches den armen polnischen Arbeitern die Augen öffnen soll, zu Hilfe und forderte den Minister des Innern zu energischem Einschreiten auf. Die Blume des Herrn Szmula werden hoffentlich nicht in den Himmel wachsen, damit er aber sieht, daß wir selbst einem polnischen Scherze nicht abgeneigt sind, wollen wir unseren Lesern wenigstens mittheilen, wie der edle Pole den laufenden Landrath der preussischen Kammer Herwegh's „Viel und arbeit, ruft die Welt“ aus dem Polnischen in unsere geliebte Muttersprache zurückverdeutschte. Die „Gazeta Robotnicza“ hatte eine polnische Uebersetzung des herrlichen Arbeiterliedes gebracht, und Herr Szmula interpretirte den deutschen Dichter folgendermaßen:

Viel und arbeite, sagt die Welt,  
Sei demüthig, das ist der Grundfah,  
Und wenn das Glend an die Thüre klopft,  
Ertrage es geduldig, das ist die Lehre.  
Und Du Volk, das Du mit blutigem Schweiß  
Ackerst, mähtst, hämmerst,  
In schwerer Arbeit Deine jungen Jahre verlebtest,  
Was hast Du denn für eine Belohnung?  
In Noth verbringst Du Tage und Nächte,  
Die Felsen zerklümmert Dein Arm,  
Mit Deinen schwierigen Händen  
Sebst Du die Schätze der Erde empor.

Hast Du dafür ein gutes Mittagessen?  
Oder ist schöne Kleidung Dein Lohn?  
Oder hast Du einen warmen Heerd?  
Sage, Volk, wo hast Du dies alles?  
Alles ist das Werk Deiner Arbeit,  
Aber nichts gehört Dir, nichts mein Volk,  
Es sei denn diese mit Schweiß benehten Fesseln,  
Welche Du Dir selber schmiedest.

Der scheußliche Noth Deiner Fesseln  
Bricht die Flügel Deines Geistes,  
Saugt das Blut, das rothe Blut aus Deinem Körper.  
Siehe, wie man Dich bezahlt hat!  
Mit den Früchten Deiner Arbeit  
Vergnügen sich die Müßiggänger.  
Trinken den goldenen Becher der Freuden,  
Sie verhöhn Deine Arbeit, verhöhn Dich Dumpengefindel.

Monumentale Gebäude erbauend  
Hast Du kein Dach über Deinem Haupte  
Und die, welche Ihr bekleidet,  
Stoßen Euch zum Lohne mit Füßen.  
Ha, ihr Vienen, kennt ihr auf der  
Welt nur Honig sammeln?  
Um euch herum die Schaaren der Drohnen sehend  
Müht ihr euren Stachel brauchen!

Arbeiter, lieber Bruder!  
Wache auf, erkenne Deine eigenen Kräfte.  
Wenn Du willst, auf Dein Verlangen  
Wird jede Bewegung auf Erden stillstehen.  
Die Schaar Deiner Quäler wird erlassen,  
Wenn Du den Pfugchar verläßt;  
Wenn Du in der Werkstätte nicht erscheinst,  
Was werden sie beginnen, denke, Bruder?

In die Höhe die Arme, in die Höhe den Kopf!  
Diese Fesseln müssen bersten,  
Wo zusammen und in Einigkeit,  
Die Freiheit soll Brot, das Brot Freiheit sein!  
Bei der Poesie des Herrn Szmula dürfte auch Jedem, der nicht polnischer Großgrundbesitzer ist, anders — aber nicht besser zu Muth werden.

**Die Städterschen werden „parteiios“!** Im Norden der Stadt und vielleicht auch in anderen Stadtgegenden werden von ihnen „Ansprachen“ verbreitet, in denen sie zum Beitritt zu kirchlichen Vereinen auffordern, die aller politischen Agitation fern stehen und nur die Sache der Religion hochhalten wollen. Die Ansprache ist denn auch in sanftem Tone gehalten; nur an einer Stelle, die aufsehend aus der Feder Städters herrührt, zeigt sich die neue Parteilosigkeit sofort in deutlichster Gestalt. Eine Partei, die den „Fortschritt“ stets im Munde führt — heißt es da — und doch seit 17 Jahren Nichts gethan hat, um gottesdienstliche Stätten zu gründen u. — Das ist nämlich „parteiios“! Zum Schluß wird den frommen Schafen, welche besagtem Vereine beitreten, noch die Gelegenheit in Aussicht gestellt, Mitglieder zu werden bei der gut fundirten Spar- und Spartheilnahme „Vorwärts“ (Vorstehender Rechtsanwält Dr. Feiler, Amtant Stadtverordneter Fabrikbesitzer Pregel) — das ist doch jedenfalls derselbe Pregel, der aus seiner Wahlbeeinflussungs-Affäre her wenig rühmlich bekannt geworden ist? — Am Schlusse der Ansprache heißt es dann: „Der Parochialverein wird nur dann wahrhaft segensreich wirken können, wenn er weiß, daß die ganze Gemeinde seine Bestrebungen unterstützt.“ — Dieser Meinung sind wir auch. Nun haben wir uns aber auch erzählen lassen, daß da oben im Norden der Stadt auch sozialdemokratische Gemeindeglieder in nicht unbeträchtlicher Anzahl wohnen sollen, von denen wir kaum zu fürchten brauchen, daß sie die Sparkasse „Vorwärts“ mit unserem „Vorwärts“ etwa aus Versehen verwechseln könnten. Die „parteiiosen“ Städterschen werden also dort ebenso wenig Erfolg haben, wie die früheren echt in der Wolle gefärbten Ruder.

Ein großes Werk, des Schweiges der „Edelsten der Nation“ werth, wird, wie wir der „Foh“ entnehmen, von Seiten des ehemaligen Oberstleutnants von Egida, des Verfassers der Schrift „Eranke Gedanken“, geplant. Derselbe ladet alle seine Anhänger zu einer großen Besprechung ein, alle diejenigen, die mit ihm dahin wirken wollen, „daß der Welt das einige Christen,

thum gegeben wird". Der Kongress findet vom 3. Osterfeiertage an statt und das Glück, alle die frommen Männer, welche an dem großen, weltbewegenden Plane mitarbeiten wollen, in seinen Mauern beherbergen zu sollen, fällt der Stadt Berlin zu. Die Versammlung soll von Delegierten besucht werden, indem sich, so wünscht es der einberufende angehende Kirchen-Reformator des neunzehnten Jahrhunderts, im weiten Vaterlande Kreise bilden möchten, die aus ihrer Mitte einen Mann hinfenden, damit dem thatsächlichen Vorhandensein eines allgemeinen Verlangens zum Ausdruck komme.

Wenn nun nicht bald der Welt „himmlische“ Glückseligkeit beschieden ist, dann dürfte wohl kein Mittel mehr helfen und damit beweisen sein, daß an den sündigen Erdbewohnern Hopfen und Malz verloren ist.

**Der gewerbliche und kaufmännische Hilfsverein für weibliche Personen**, welcher vor wenigen Jahren von kapitalistischer Seite gegründet wurde, scheint sich nach wie vor der höchsten Günst der Unternehmer zu erfreuen. Wie aus dem letzten Jahresbericht des Vereins hervorgeht, werden demselben alljährlich als dauernde Beiträge und zwar in einzelnen Posten bis zu 800 M. große Summen, im Ganzen 20.071 M. zugewendet. Angesichts solcher Beträge drängt sich wohl Jedem die Frage auf, welches Interesse die Kapitalisten an der Unterstützung dieses „Arbeiterinnen“-vereins haben. Die Beantwortung findet man, wenn man näher nach dem Wesen und den Zielen des Vereins forscht. Da sieht man dann, daß der Hauptzweck des Vereins der ist, dem Unternehmertum ein williges, billiges und unaufgeklärtes Arbeitsmaterial zu erhalten. Und fürwahr, für derartige edle Zwecke hat das Kapital auch stets seine Unterstützung bereit! Traurig aber, daß noch so viele Arbeiterinnen mit offenen Augen schlaftrunken herumlaufen und die Wahrung ihrer Interessen in die Hände ihrer bittersten Feinde legen.

**Maschinenweber** lehrt gründlich in acht Tagen, nachdem sofortige Beschäftigung, Marienstraße Nr. 1. — Diese mehrfach in hiesigen Zeitungen erschienene Annonce hatte kürzlich auch ein junges Mädchen gelesen, welches von außerhalb hierher gekommen war, um sich redlich von ihrer Hände Arbeit zu ernähren. Diefelbe hatte Mädchen schon gelernt, als man ihr daher mittheilte, daß 6 M. Lehrgeld eingezahlt werden müßten, erschien ihr dies zwar nicht gerade gerechtfertigt, auch fiel es ihr, da ihre Barschaft nur eine geringe war, recht schwer, das Geld herzugeben; sie glaubte jedoch das Opfer bringen zu sollen, um nur mal erst Beschäftigung zu erhalten. Auch eine weitere, ihr bei ihrem Eintritt unter der Begründung, um davon Lehrstoff und Lehrmittel anzuschaffen, aberlangte Mark zahlte sie willig und fing hoffnungsvoll an zu arbeiten. Als aber einige Lehrkollegen, welche sie dort antraf, nach Verlauf der 8 Tage keine Beschäftigung erhielten, weil kein Platz da war, wohl aber immer wieder neue, 7 Mark zahlende Lehrlinge angenommen wurden, da war sie um eine Erfahrung reicher geworden und merkte, daß die Zustände hier nicht so sind, wie sie sich vorgestellt hatte. So wird es wohl vielen weiblichen Arbeiterinnen gehen, und wenn sie dann noch vielen Opfern und Mühen endlich Arbeit erhalten, welches ist der Lohn? — Hungerlohn!

**Sebeamten - Unterricht.** Der Polizeipräsident bringt wiederholt zur öffentlichen Kenntniß, daß alljährlich Personen, welche das zulässige Alter (jetzt 30 Jahre) überschritten haben, mit ihren Anträgen, die Sebeamtenkunst zu erlernen, abgewiesen werden müssen. Vielfach versuchen dann die abgelehnten Bewerber, ihre Ausbildung auf einer außerpreussischen Sebeamten-Lehranstalt zu gewinnen, in der Hoffnung, nachträglich die Genehmigung zu erlangen, vor einer preussischen Prüfungskommission sich prüfen zu lassen. Eine derartige Genehmigung wird jetzt nicht mehr erteilt, was für die Beteiligten während in Erinnerung gebracht wird.

**Eine schwere Gaserplosion** hat vorgestern Morgen gegen 8 Uhr auf dem Grundstück Seydelstraße 27 in „Spindler's Hof“ stattgefunden. Im linken Seitengeschloß des dritten Hofes befanden sich hier zwei Treppen hoch die Kammlichkeiten der Buchdruckerei von Gustav Meyer, und jedenfalls war am Sonnabend Abend beim Verlassen der Arbeitsstätte ein Gasbehälter offen gelassen. Vorgestern früh entzündete sich das Gas über ausgeförmte Gas unter furchtbarer Detonation, und es muß als ein besonders glücklicher Zufall angesehen werden, daß die Explosion am Sonntag, wo die Arbeit ruhte, erfolgt ist; es wären sonst zahlreiche Menschenopfer zu beklagen gewesen. Wodurch das Gas zur Entzündung gebracht worden, ist noch nicht aufgeklärt. Der entstandene Schaden ist recht bedeutend. Die Gewalt der Explosion war eine so bedeutende, daß die Decke des großen Arbeitsraumes vollständig hochgehoben wurde und dadurch in einer darüber befindlichen Werkstatt für Anlage von Haus-Telegraphen eine ganze Menge von Apparaten, welche auf der Decke standen, vernichtet worden sind. Die sämtlichen Fensterscheiben und Kreuze in der Druckerei sind geborsten; ja, es zeigen sogar die Fenster in dem an den Seitenflügel anschließenden Durchgebäude erge Beschädigungen. Die herbeigekommene Feuerwehr war rasch zur Stelle; sie besichtigte in kurzer Zeit jede weitere Gefahr.

**Die Explosion in Straßau.** Ueber die furchtbare Explosion, die gestern Vormittag in der Palmkern-Fabrik von Kennert u. Ko. in Straßau, Dorfstraße Nr. 12, stattgefunden hat, gehen uns folgende Details zu:

Die Kennert'sche Fabrik besteht aus einem mächtigen einstöckigen Fabrikgebäude mit 12 Fensterfront, welches dicht am Rummelsburger See gelegen ist. Im Parterregeschoß des Gebäudes befindet sich ein großer Saal, in welchem 6 „Laveurs“ untergebracht sind. Es sind dies mannshöhe bis 18 Zentner schwere eiserne Kessel, in welchen auf chemischem Wege mittels Schwefelkohlenstoff und Dampf aus den Palmkernen das Öl her- ausgedrückt wird. Heute Vormittag gegen 10 Uhr waren in diesem Räume unter Leitung des Vorarbeiters Hoffert die Arbeiter Volath aus Friedrichsberg, Debert aus Berlin und Wuttke aus Rummelsburg beim Extrahieren des Palmöls beschäftigt, als plötzlich eine furchtbare, weithin vernehmbare Detonation erfolgte. Eine Explosion des Schwefelkohlenstoffes in dem Kessel, an welchem der Arbeiter beschäftigt war, erfolgte und sofort hatte sich diese explosive gasbildende Masse entzündet. Die Szene, welche jetzt folgt, zu schildern, ist fast unmöglich. In einem Augenblick hatten sich die brennenden Gase auf die ganze Fabrik ausgebreitet und im Nu war das große Gebäude in ein Flammenmeer gehüllt; der Kessel war in tausend Stücke gesprungen, in den Sälen der Hall von den Wänden gerissen, sämtliche Fensterscheiben einige hundert an der Zahl, waren zertrümmert, und wie gewaltig die Explosion gewesen, beweist der Umstand, daß durch den starken Luftdruck von der Seite des Rummelsburger Sees das schwere Zindach der Fabrik zerrissen und abgedeckt, ja selbst das Mauerwerk noch demoliert wurde. Auf der Front nach der Dorfstraße zu ist das Dach auf eine Strecke von etwa 6 Meter ca. 1 Meter gehoben und zeigt eine gähnende Oeffnung. Auch auf den See selbst hat die Explosion furchtbare gewirkt, die Wogen gingen auf einige Entfernung meter hoch. Nachdem sich die in den Schuppen der Fabrik beschäftigten Arbeiter von dem ersten panischen Schrecken erholt, suchten sie den in den brennenden Gebäuden befindlichen Kollegen zu Hilfe zu kommen, aber kaum hatten sie die Fabrik selbst erreicht, als ihnen von dort her der 21-jährige Arbeiter Wuttke mit über und über brennenden Kleidern einer Feuerfäule gleich entgegengeführt kam; den todemüthigen Bemühungen der Männer gelang es noch den Vorarbeiter Hoffert, 34 Jahre alt, aus Eichenberg, Pringen-Allee wohnend, sowie den 38-jährigen Arbeiter Volath aus dem Flammenmeer herauszuholen, deren Kleider schon total vom Leibe herab-

gebrannt waren. Dagegen vermochte man den 21-jährigen Arbeiter Debert, der hier in der Remelerstraße bei seiner Mutter wohndast war, nicht mehr zu retten. Zwei in den oberen Etagen beschäftigte Arbeiter vermochten sich noch zu retten, indem sie sich mittelst eines Seiles aus dem Fenster herabließen, zwei Andere konnten sich noch über die Treppengänge ins Freie flüchten. Inzwischen hat bereits die Berliner Feuerwehr telephonisch von dem furchtbaren Unglück benachrichtigt worden und traf kurz vor 10 Uhr mit drei Jagen daselbst ein. Da das Feuer jedoch, nachdem der Schwefelkohlenstoff sich verzehrt, schon nach einer Viertelstunde erloschen war, so hatte die Feuerwehr sich nur mit der Ablösung einiger glühender Balken zu beschäftigen und die gänzlich verkohlte Leiche des Debert aus dem Gebäude herauszuholen. Den drei mit Brandwunden bedeckten Männern, von denen Hoffert am leichtesten, Volath und Wuttke lebensgefährlich verletzt sind, wurden von der Samariterabtheilung der Berliner Pfälzische Nothverbände angelegt und dieselben sodann mittelst telephonisch herbeigeholten Krankenwagens nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain geschafft. Die Leiche des D. wurde nach der Straßauer Leichenhalle überführt. — Im Uebrigen ist Hoffert in noch nicht einem Jahre zum zweiten Male das Opfer einer derartigen Explosion geworden; wie bekannt, hat am 2. August vorigen Jahres in derselben Fabrik, ja sogar in demselben Raum eine Schwefelkohlenstoff-Explosion stattgefunden, deren Opfer drei Männer geworden. Zu den wieder Befundenen gehörte Hoffert. Wodurch die Explosion eigentlich diesmal entstanden, ist bis jetzt noch nicht ermittelt worden, da die Bewandten nicht vernunftgemäß sind. Natürlich ist der petunäre Schaden, den die Firma erleidet, ziemlich bedeu tend; da nur einer von den zehn in der Fabrik aufgestellten Kessel explodiert ist, ist der Fabrikbetrieb nicht unterbrochen.

**Ungeheure Panik** verursachte Sonntag Abend in der Köchesträße eine Petroleum-Explosion, welche nur durch einen Zufall nicht jene furchtbare Wendung genommen, wie der Hochzeitsmännchen in der Hochstraße. Die 14-jährige Tochter des Grünzeng-Händlers Schmandke, Köchesträße Nr. 20 im Keller wohndast, war Sonntag konfirmirt worden und hatte sich für den Abend eine Anzahl Freundinnen, sowie Verwandte eingeladen. Bei Dunkelwerden zündete man die im Wohnzimmer befindliche Hängelampe an, und unter derselben setzte man sich, wohl 20 Personen, zu Tisch. In Folge zu großer Hitze hatte sich jedoch das Zedengelb entzündet, und bald nachdem sich die trübliche Schaar an der langen Tafel niedergelassen, stürzte die Hängelampe herab und zertrümmerte, das ausfließende Petroleum sofort in Brand sendend, wobei die hochschlagende Flamme den Ausgang aus dem Zimmer versperrte. Das weithin hörbare Zammern und Entsetzensgeschrei der in furchtbarer Gefahr befindlichen Personen alarmierte sofort Hausbewohner, Straßenpassanten und Bewohner der Nachbarhäuser, welche alsbald Hilfe leisteten und die Löschungs-Bemühungen der in den brennenden Räumen befindlichen Erwachsenen von außen unterstützten. Einzeln der Mädchen hatten sich in der Verzweiflungsangst durch das vor dem Fenster befindliche Eisengitter hindurchgezwängt und konnten nur unter ungeheurer Mühe seitens der auf der Straße stehenden Passanten aus der qualvollen Situation befreit werden. Der Brand selbst wurde mit großer Schnelligkeit gelöscht, und dem Qualm, der die Anwesenden zu ersticken drohte, schnell Abzug verschafft. Einige leichte Kontusionen ausgenommen, die die Kinder erlitten, hat bei der bedrohlichen Brandaffäre Niemand Verletzungen davongetragen.

**Vom edlen Grafen Kleist.** Graf Kleist vom Loß hat sich im Straßengebiet an Pflanzungen zu neuen Thätlichkeiten hinsetzen lassen, wobei er seinen Kalkfaktor (wie so denn der Mensch überhaupt einen Kalkfaktor?), den Straßengebietener Schäfer, beauftragt hat, das derselbe für einige Zeit arbeitsunfähig ist. Anlaß dazu soll dem Grafen Kleist der Umstand gegeben haben, daß Schäfer dessen Jolitzelle nicht nach den Wünschen des Grafen in Ordnung hielt. Wenn auch Schäfer keinen Straßantrag gestellt hat, so ist dieser Vorfall doch von anderer Seite der Direktion gemeldet und von dieser vorschriftsmäßig der Staats-anwaltshof mitgeteilt worden. Uebrigens ist Graf Kleist schon vor zwei Wochen vom allgemeinen Gesangnis nach dem Maastrichter Gefängnis gebracht worden, und zwar, wie der technische Ausdruck lautet, wegen Schießungen. Graf Kleist hatte aus bisher nicht aufgeklärter Weise wiederholt Geld in der Anstalt zugesteckt erhalten und sich dafür Regual, wie auch andere verbotene Getränke und Schwämme zu verschaffen gewußt. Da Graf Kleist sich bei diesen Schießungen ziemlich auffällig benahm, sogar unter Mittheilung davon Geschenke vertheilte, so konnte die Sache unmöglich unentdeckt bleiben. Daß sich Graf Kleist auch schon bei seinem vorigen Aufenthalt in Pflanzungen an einem Beamten thätlich vergehen wollte, und dies nur durch die Besonnenheit des Letzteren vereitelt wurde, ist der Direktion des Straßengebietes jetzt erst bekannt geworden. Es war in der Neujahrsnacht, als die Vagarethen durch einen von der Zellentür des Grafen kommenden ungewöhnlich großen Sturm aus dem Schlaf geweckt wurden. Graf Kleist fuhrte in einem Anfall seiner Wahnvorstellungen mit einem der dienhabenden Nachwächser, Nacht, einen heftigen Wortwechsel, welcher damit endete, daß der Graf dem Beamten Schläge andot, da ihm letzterer pflichtgemäß Ruhe gebot. Schließlich gelang es jedoch den Aufsehern Nacht und Gregor, den sich heftig gegen die Thür stürmenden Grafen in seine Zelle zurückzuführen und die Thür zu verschließen. Der beleidigte Beamte machte von dem Vorfalle keine Meldung, da Graf Kleist Abbitte leistete. Im Maastrichter Gefängnis befindet sich Graf Kleist jetzt unter strenger Aufsicht.

**Wegen Verübung von Betrügereien** verfolgt wird der Major a. D. Ernst August Genot, am 14. Juni 1841 in Karlsruhe geboren, welcher vor seiner Verabschiedung dem Regiment der Jüchen-Husaren in Kalbenow angehörte und sich dann hier in Berlin aufhielt.

**Else Schaaf** ist nunmehr nach einem fünfmonatlichen Aufenthalt in der königlichen Charitee aus diesem Krankenhaus als völlig geheilt entlassen worden und befindet sich gegenwärtig im städtischen Waisenhaus. Die Kleine hat ihre Sprache sowie auch das Erinnerungsvermögen völlig wieder erlangt und erkennt sich der Vorgänge jener Schreckensnacht des 6. Oktober; nach den Erzählungen der kleinen Else muß sich der Vorgang jener Mordthat genau so abgespielt haben, wie die Kriminal-polizei angenommen hat. „Papa hat erst Mama'n geschlagen“, so erzählt das Kind jetzt ganz gleichmäßig, weil ihm ja bei der gärtlichen, aufopfernden Pflege in der Charitee jedes Andenken an die unfreundlichen Vorgänge zu Hause geschwunden, und als Mama meinte, bin ich aufgepäpelt, Papa sah aber so wuthbar aus, daß ich nicht zu ja sagen wogte.“ Nach den weiteren Schilderungen des Kindes, das jenes Mord-Drama von Anfang bis zu Ende in seinem Gedächtnis mit angesehen, hat der Wahnsinnige erst die älteren und dann die jüngeren Kinder getödtet, sie (Else) weiß nur noch, daß Papa sie auch einmal geschlagen und dann sei sie eingekerkert. Die Kleine zeigt keinerlei Verlangen nach Äthern und Gesawisern und ist ziemlich apathisch, während sie früher äußerst lustig und aufgeweckt war; Else wird wohl nicht lange im Waisenhaus verbleiben, sondern bald einem der zahlreichen auswärtigen Beamten, die sich sammt und sonders bereit erklärt, die Kleine zu adoptiren, zugesprochen werden.

**Blüchli die Sprache verloren** hat der etwa zwölfjährige Sohn eines Sattlers aus dem Lorje Caputh bei Potsdam und zwar infolge einer Obreise, die er von einem Mann erhalten, mit dessen Sohn er sich herumtrieb. Der Mann hatte den Knaben bei Ertheilung der Obreise bei den Haaren gefaßt. Gegen den Schläger ist die Untersuchung wegen Mißhandlung eingeleitet.

**Vermißt** wird seit Donnerstag früh gegen 8 Uhr die zwölf-jährige Bertha, Tochter des in der Parstraße 6 zu Weissenhof wohnenden Arbeiters Kassel. Das für sein Alter große Mädchen hatte zum Schulbesuch ein Sonntagkleid anlegen wollen, was von der Mutter nicht geduldet wurde. Zur Mittagszeit lehrte Bertha vom Schulbesuch nicht zurück, und als die Eltern bei Mißschülerinnen Erkundigungen einzogen, mußten sie erfahren, daß ihre Tochter am dem Morgen die Schule gar nicht besucht hatte. Quers glaubten die Eltern, das Kind würde in Berlin wohnende Verwandte aufgesucht haben, doch daselbst gehaltene Nachfragen bestätigten diese Vermuthungen nicht; auch polizeiliche Recherchen blieben bis jetzt resultatlos. Bertha Kassel war beim Weggehen besleidet mit einem grauen Pelzener-Wintermantel, einem braunen halbwollenen Kleide, schwarzen Strümpfen und Lederstiefeln. Sie war ohne Kopfbedeckung. Die belämmerten Eltern ersuchen um gefällige sofortige Nachricht, falls das Kind irgendwo bemerkt worden sein sollte.

**Die „gefällige“ Dame** sehr ihr gefährliches Treiben noch immer fort und scheint nunmehr das „öffentliche Fuhrwesen“ zur Aus-führung ihrer Diebstähle zu benutzen. Vorgestern Nachmittag bestieg eine Dame einen nach dem Hallschen Thor fahrenden Omnibus, welche ein kleines verschurtetes Paket in der Hand trug. Als die Dame den Schaffner bezahlen wollte, entfiel ihr das Päckchen, die Schuur desselben löste sich und der Inhalt fiel zu Boden. Beim Auffammeln des Letzteren waren auch zwei gegenüber sitzende, gut gekleidete Frauen beifällig, die nach einigen Minuten den Omnibus verließen. Bald darauf verließ die Passagierin des Pakets ihren leiblichen Regenschirm mit Gefährte, sowie ihr Portemonnaie mit 15 Mark 50 Pfennige Inhalt, aus welchem sie kurz vorher erst das Fahrgeld entnommen hatte.

**Die Leiche des Selbstmörders**, dessen Kleider am Sonntag am Ufer des Schlachtensees gefunden wurden, ist bereits ans Land gekommen. Es ist die eines etwa 24-jährigen jungen Mannes von jüdischem Typus. In den Kleidern fand sich ein Portemonnaie mit 3 M. vor.

**Polizeibericht.** Vor dem Hause Webersstraße 8 fand am 23. d. M. Vormittags ein Zusammenstoß zwischen einem Mordel-wagen und einem Möbelwagen statt, wobei der Fahrer des letzteren vom Wagen geschleudert und vom Pferd getreten wurde. Er erlitt hierbei eine so bedeutende Verletzung, daß seine Ueber-führung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich wurde. — Vormittags brach sich ein Gärtler in der Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Ehefrau, in der Kochstraße, einen Schutz in die Brust bei und mußte nach der Universitäts-Klinik gebracht werden. — In dem Schanklokal Katerstraße 1A verletzte der Schuhmacher Felsner einen anderen Schuhmacher bei einem Streit durch einen Faustschlag so bedeutend am Auge, daß dieser nach der Charitee gebracht werden mußte. — Abends wurde ein Buchdrucker in seiner Wohnung, in der Prinzessinnenstraße, erpönt vorgefunden. — Vor dem Hause Wallstr. 51/52 wurde zu derselben Zeit ein Stadtfreisender von einem Schlächterwagen überfahren und an-scheinend so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich wurde. — Am dieselbe Stunde stürzte ein neunjähriger Knabe, als er im Hause Gerhardsstraße 11 auf dem Geländer der Treppe vom ersten Stock nach dem Erdgeschoß herabgleiten wollte, etwa zwei Meter tief in den Hausflur hinab und erlitt eine so schwere Verletzung am Kopfe, daß er nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht werden mußte.

## Gerichts-Beitung.

In der Streitsache des Redakteurs Dr. Wachtel gegen die Berliner Stadtverordneten-Versammlung auf Gültigkeitserklärung seiner Wahl zum Stadtverordneten stand gestern vor dem Bezirksauschuss abermalig Termin an. Den Vorsitz führte Geh. Regierungsrath Kayser, das Präsidium erstattete Verwal-tungsgericht-Direktor Forster. Dr. Wachtel war persönlich anwesend, die Beklagte durch den Justizrath Meyer vertreten. In dem ersten vor Kurzem angehaltenen Termin hatte der Bezirksauschuss Beweisaufnahme beschlossen und zwar durch amtliche Auskunft der Ober-Postdirektion über die Art und den Um-fang, in welchem das Schreiben des Stadtv. Prezel an den Ober-Postdirektor Schiffmann von dem Postbeamten bekannt gegeben worden ist. Der Ober-Postdirektor Kabe hat diese amtliche Auskunft unter'm 16. Febr. dahin ertheilt: Das Prezel'sche Schreiben sei nur den Postämtern 37 (Schwedterstraße), 28 (Anklamstraße), 58 (Danzigerstraße) und 54 (Votzingerstraße) einfach zur Kenntnissnahme vorgelegt worden. Der Vorsitz der Postämter 37 habe von dem das Schreiben eine Abschrift fertigen und diese den in Betracht kommenden Beamten und Unterbeamten — etwa 6 Personen — vorlesen lassen, während die Vorsitz der Postämter 28 und 58 das betreffende Personal — je 2 Personen — lediglich von dem Stattdirektor der Stichwahl in Kenntniß gesetzt haben. Bei dem Post-amt 54 seien die Vetheiligten, 2 Beamten, anlässlich des Schreibens durch den Amtsvorsteher nur an die Erfüllung ihrer Wahlpflicht erinnert worden. Weitere Bemerkungen über die Wahl begyn. die zu wählende Person seien von keinem der beteiligten Vorsitz gemacht worden. — Aus Grund dieser amtlichen Aus-kunft beantragte Kläger die Aufhebung des die Ungültigkeit seiner Wahl erklärenden Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung, während der Vertreter der Beklagten auf dem Standpunkt beharrte, daß hier eine unzulässige Wahlbeeinflussung vorliege, welche auch darin ihren Ausdruck gefunden hat, daß in der Stichwahl die Zahl der für Dr. Wachtel abgegebenen Postbeamten-Stimmen sich verdoppelt habe. Wer im praktischen Leben steht, werde wissen, was es heiße, wenn einem Beamten von seinem Vorgesetzten ein solches Schreiben zur Kenntnissnahme vorgelegt werde. Justizrath Meyer beantragte demgemäß Abweisung des Klägers, eventuell weitere Beweisaufnahme durch Vernehmung des Kaufmanns Joseph über die im Protokollverfahren von demselben behaupteten Thatfachen und Wahrnehmungen. — Seitens des Referenten wurde noch festgestellt, daß von dem im Wahl-bezirk vorhandenen Postbeamten bei der ersten Wahl 55 für Wachtel, 7 für Thörmer, bei der zweiten Wahl 111 für Wachtel, 6 für Thörmer gestimmt und bei der ersten Wahl 157, bei der zweiten 192 sich an der Wahl nicht beteiligt haben. — Der Bezirks-Auschuss erkannte nach längerer Verathung, daß der Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 20. November, durch welchen die Wahl des Dr. Wachtel zum Stadtverordneten für ungültig erklärt wurde, aufzuheben und die Kostenlast der Beklagten aufzulegen sei.

**Um gefärbte Wurst** handelte es sich wiederum in einer Anklage wegen Nahrungsmittel-Verfälschung, die gestern vor der 98. Abtheilung des Schöffengerichts gegen den Schlächtermeister Gustav Tröck verhandelt wurde. Es war durch den Gerichts-chemiker Dr. Bischoff festgestellt worden, daß der Angeklagte ver-schiedenen Wurstsorten eine allerdings durchaus unschädliche Pflanzenfarbe zugesetzt hatte. Der Beschuldigte bestritt, daß es ihm um eine Täuschung des Publikums zu thun gewesen sei, die Wurst erhalte durch den Zusatz nur ein etwas lebhafteres, appetitlicheres Aussehen und er müsse sich darüber wundern, daß man stets die Berliner Schlächter zur Verantwortung ziehe, während man doch in jedem Kolonialwaaren-Geschäfte aus Braunschweig und Thüringen bezogene Wurst finden könne, deren Gefährlichkeit selbst jedem Laien auf den ersten Blick auffallen müßte. Dr. Bischoff vertrat den Standpunkt, daß jede künstliche Färbung auch wenn sie unschädlich sei, als unzulässig angesehen werden müsse, das Publikum nehme an, daß die rothe Farbe der Wurst

von dem Fleische und nicht von künstlichen Nährmitteln her-  
rührt. Außerdem könne ein solcher Zufuß zum Verdecken minder-  
wertigen Materials dienen, welches zur Wurst Verwendung ge-  
funden. Staatsanwalt und Gerichtshof traten der Ansicht des  
Sachverständigen bei und der Angeklagte wurde zu einer geringen  
Geldstrafe verurteilt.

**Dah nicht alles für die Abdeckerei bestimmte Fleisch**  
diesen Ort auch wirklich erreicht, bewies eine Verhandlung, die  
gestern vor der 89. Abteilung des Schöffengerichts stattfand.  
Die auf der Anklagebank befindlichen Carl und Friedrich Kieck-  
hofer sowie August Kunde waren der Hundunterdrückung  
beschuldigt. Wie sie zugaben, hatten sie am Morgen des 31. De-  
zember am Südufer unweit der Abdeckerei ein totes Schwein  
gefunden und nach Hause geschafft. Sie wollten es geteilt  
haben, um es als Hundesutter zu verwenden. Die Angeklagten  
stellten die überraschende Behauptung auf, daß es gar  
nicht zu den Seltenheiten gehöre, daß in der Nähe der  
Abdeckerei freipierte Schweine abgeladen und einfach  
auf das Feld gelegt würden. Ganze Fuhren sollten  
auf diese Weise beseitigt werden. Die Eigentümer der  
freipierten Thiere wollten wahrscheinlich dem Zeitverlust und  
den Umständen, welche mit der Abdeckung aus der Abdeckerei  
verknüpft sind, aus dem Wege gehen und griffen deshalb zu dem  
summarischen Verfahren, die Kadaver einfach in der Nähe der  
Abdeckerei abzuladen. Die Angeklagten bestritten, daß irgend  
Jemand ein Anrecht an dem toten Schweine geltend mache und  
an herrenlosem Gute könne man doch keine Hundunterdrückung  
begehen. Der Gerichtshof beschloß, um in der etwas dunklen  
Angelegenheit Aufklärung zu schaffen, in eine eingehende Be-  
weisaufnahme einzutreten und vertagte zu diesem Zwecke die Ver-  
handlung.

**Gegen den Rechtsanwalt Arthur Gerson** wurde gestern  
vor der 100. Abteilung des Schöffengerichts eine Privat-  
beleidigungsklage verhandelt, die der Rentier Stadthagen gegen  
ihn angehängt hatte. Der Privatkläger hatte im verfloßenen  
Jahre mit der Distriktsbank eine Zivilklage durchzuführen und  
die Letztere hatte den Rechtsanwalt Gerson mit ihrer Vertretung  
beauftragt. In dem Verhandlungstermin wies Rechtsanwalt  
Gerson nicht nur die von dem Kläger gegen die Bank geltend  
gemachten Ansprüche als unberechtigt zurück, sondern behauptete  
auch, daß der Kläger mittellos sei, bereits den Offenbarungseid  
geleistet und die Klage nur angehängt habe, um einen rechts-  
widrigen Vermögensvorbehalt zu erreichen. Wegen dieser Be-  
hauptungen stellte Stadthagen den Strafantrag wegen  
öffentlicher Beleidigung. Er bestritt, daß die Angaben des  
Privatklägers wahr seien und müsse annehmen, daß dessen Aus-  
führungen nur gemacht wurden, um ihn öffentlich herab-  
zusetzen. Rechtsanwalt Gerson erklärte, daß ihm die Mit-  
teilungen über den damaligen Gegner als Information von  
seiner Auftraggeberin geworden seien und er habe sich für be-  
rechtigt gehalten müssen, davon in der geschehenen Weise Gebrauch  
zu machen. Nachdem der Prokurist der Distriktsbank be-  
kundet hatte, daß er tatsächlich dem Rechtsanwalt Gerson die  
in Rede stehende Information erteilt habe, wies der Gerichtshof  
den Kläger ab und sprach den Beklagten, der nur in Wahr-  
nehmung der berechtigten Interessen seiner Klientin gehandelt  
habe, kostenlos frei.

**Einen internationalen Gauner** von großer Gemeingefähr-  
lichkeit glaubt die Polizei in der Person des Kaufmanns Adolf  
Kaugida aus Danaburg ergriffen zu haben. Derselbe wurde  
gestern der 4. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt und  
beschuldigt, eine große Anzahl Palastdiebstähle begangen zu  
haben. Der Beschuldigte hält seine Vergangenheit in Dunkel  
oder macht darüber widersprechende Angaben. Es hat sich nur  
ermitteln lassen, daß er sich eine kurze Zeit in Warschau und  
Wien aufgehalten hat, bevor er nach Berlin kam. Er will die  
Absicht gehabt haben nach Amerika zu reisen, seine Mittel hätten  
aber nicht gereicht und er habe weitere Zufuhr aus der Heimat  
ermart. Gegen die Wahrheit der letzteren Angabe spricht der  
Umstand, daß man bei seiner Verhaftung eine ziemlich  
bedeutende Summe bei ihm fand. Die Anklage nimmt an, daß  
Kaugida nur zu dem Zwecke von einer großen Stadt zur anderen  
reist, um Palastdiebstähle auszuführen, und hat er die erbeuteten  
Kleidungsstücke wahrscheinlich nach Russland geschickt, da man  
Händschere nicht bei ihm gefunden hat. Er legte sich aufs  
Reagieren, wurde aber in drei Fällen mit aller Bestimmtheit von  
den Bestohlenen wiedererkannt. Als Feld seiner Tätigkeit suchte  
er sich die besseren, stark besuchten Lokale aus. Der Staats-  
anwalt hielt den Angeklagten in mindestens drei Fällen für  
überführt und beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe  
von anderthalb Jahren und dreijährigen Ehrenverlust. Der  
Gerichtshof erkannte nach dem Antrage.

## Arbeiterbewegung.

**Erfurt.** Die Erfurter Schuhwaren-Fabrikanten erlassen in  
der „Thüringer Zig.“ folgende Notiz:  
Die sozialdemokratische Schuhfabrik. Die ausländischen Ar-  
beiter (das heißt wahrscheinlich die Kapitalisten Vork und Reich-  
hards), welche bei den Schuhwaren-Fabrikanten nicht wieder in  
Arbeit treten konnten, haben hier beabsichtigt eine eigene Schuh-  
warenfabrik gegründet. Der „Vorwärts“ bringt nun einen Auf-  
ruf an alle Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands mit der  
Anforderung, nur noch Schuhwaren aus der Deutschen Schuh-  
fabrik in Erfurt zu kaufen. Demnach wird es die Pflicht jedes  
Gegners der Sozialdemokratie sein, bei Schuhkäufen darauf zu  
sehen, daß er nicht die Waare der Deutschen Schuhfabrik in Erfurt  
erhält. Also kauft keine Schuhwaren aus der  
sozialdemokratischen Deutschen Schuhfabrik in  
Erfurt.

Öffentlich wird die Erfurter Staatsanwaltschaft dieser  
kapitalistischen Boykottierung dieselbe Beach-  
tung schenken, welche sie vor einiger Zeit einer solchen Erklärung  
der Gesellen gegen die Unternehmer zu Teil werden ließ. Die  
Gesellen wurden bestraft, ergo müssen jetzt auch die Urheber jener  
Notiz die Strenge des Gesetzes fühlen. Abgesehen wird dieselbe  
die beachtliche Wirkung ebenso vollständig verstehen, wie es dem  
Unternehmertum nicht gelingen ist, die aus dem Ludenwalder  
Streik hervorgegangene Deutsche Hutfabrik in Berlin totzu-  
machen. Jedemfalls würden die Erfurter Schuhwaren-Fabri-  
kanten auch geschäftlich klüger gehen haben, den Streit mit den  
Gesellen nicht dadurch zu verewigen, daß sie eine Reihe be-  
kannter Gesellen überhaupt nicht wieder in Arbeit nahmen.  
Den solchermaßen behandelten Gesellen bleibt deshalb ja gar  
nichts anderes übrig, als sich zu helfen wie sie können. Daß sie  
dabei die ganze Arbeiterschaft Deutschlands auf ihrer Seite haben,  
brauchen wir nicht erst ausdrücklich hervorzuheben, das versteht  
sich nach Lage der Dinge einfach von selbst.

**Böblingen (Saar), 22. März.** Eine öffentliche Versam-  
lung der Belegschaft sprach ihre Zustimmung zu den vom hiesigen  
Vorstand der Grubenausbaue gestellten Beschlüssen aus.  
Gegen die Besetzung des Pariser Kongresses sind nur die Dörfer  
Schwalbach, Köln und Hügelweier mit um Ganzen 600 Bergleuten  
von 29000.

**Rosenbach, Saarrevier, 22. März.** Die Belegschaft der  
hiesigen dem reichslandischen Notabeln de Wendel gehörenden  
Grube beschloß Herrn R. König von Kleinrosseln zum Pariser  
Bergmannstag zu entsenden. Zu Gerichtssitzungen wird die Beschlu-  
fassung übermorgen stattfinden.

**London, 21. März.** Der Ausfall der Blüschwebel der  
großen Firma Pister u. Co. in Ranningham geht nach drei-  
monatlicher Dauer seinem Ende entgegen. Beide Teile sind

geneigt, sich die Hand der Versöhnung zu reichen, und haben  
Verhandlungen ins Werk gesetzt. Viele der Arbeiter sind unter-  
dessen nach Amerika ausgewandert.

## Soziale Uebersicht.

**Anruf an alle Maler und Anstreicher Berlins!** Wir  
machen Euch nochmals darauf aufmerksam, daß die statistischen  
Fragebogen für die lokalen Berliner Verhältnisse spätestens bis  
zum 1. April zurückgeschickt werden müssen.

Diesem Vertrauensleute, die noch nicht in Besitze von  
Fragebogen sind, werden aufgefordert, solche unverzüglich in den  
Büros in Empfang zu nehmen.

Kollegen! Es gilt festzustellen, welche Ausbeutung in diesem  
Winter herrschend hat, welche Schandlöhne von den Arbeit-  
gebern infolge des großen Angebots von Arbeitskräften, bezahlt  
wurden.

Hauptsächlich aber in wieviel der Mord, die Mordarbeit  
eingetrisen ist.

Kollegen! An uns liegt es jetzt, mit frischem Mut und  
neuer Kraft die Einigkeit in diesem Frühjahr wieder her-  
zustellen, um in der Saison und der guten Zeit das zurück zu  
erobieren, was uns im Winter von den Arbeitgebern genommen  
wurde.

Dazu gehören aber Waffen, und eine der besten Waffen ist  
eine genaue Statistik.

Also nochmals Kollegen! Füllt so viele Fragebogen wie mög-  
lich aus. Kein Bau in Berlin soll sein, dessen Verhältnisse wir  
nicht kennen.

Auf zur Agitation zu den nächsten Versammlungen!  
Josef Hohlwegler, Alexandrinenstr. 116a.

## Versammlungen.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Der Eröffnung des Unterrichts  
Anfang April dürfte sich kaum noch etwas in den Weg stellen;  
es ist daher nötig, daß die Anmeldungen möglichst bis zum  
1. April erfolgen! — Sehr viele Teilnehmer lassen sich für  
alle Lehrgänge natieren, ob aber Jeder davon alle diese  
Fächer zu gleicher Zeit wird bewältigen können, ist doch  
sehr fraglich; namentlich ist es in eigenem Interesse rathsam,  
daß die Teilnehmer die sogenannten höheren Lehrgänge:  
Deutsch, Nationalökonomie, Naturwissenschaft  
und Geschichte in verschiedenen Vierteljahre getrennt  
hören, anstatt alle vier in einem Vierteljahre, und können ja  
derartige Änderungen der ursprünglichen Meldung noch vor dem  
1. April vorgenommen werden. Daraus sei wiederholt hin-  
dewiesen, daß selbstverständlich auch weibliche Personen am  
Unterricht teilnehmen können! —

**In der letzten öffentlichen Versammlung der Loh-  
gerber und Lederzüricher,** die unter Vorsitz des Kollegen  
Krawatz stattfand, hielt Genosse Millarg einen beifällig auf-  
genommenen Vortrag über „Arbeiterorganisation“. Nach einer  
lebhaften Debatte, an der sich Paul Heidmann und Wasse be-  
teiligten, sprachen die Versammelten durch die einstimmige An-  
nahme einer Resolution ihren festen Entschluß aus, der Organi-  
sation der Lohgerber Mann für Mann beizutreten. Den Bericht  
über die Tätigkeit der Berliner Streik-Kontrollkommission er-  
stattete Kollege Wulfe. Er und Kollege Brendel wurden als Mit-  
glieder dieser Kommission anerkannt. Sodann wurde eine Re-  
solutions angenommen, welche die Verbreitung der sozialdemo-  
kratischen Presse empfiehlt. Nachdem die Zustände der Fabrik  
von Gander, in der ein sehr geringer Lohn gezahlt wird, be-  
sprochen worden, wurde in Sachen der Matseier das Bureau be-  
auftragt, am 1. Mai Abends eine Versammlung anzubereiten.  
Zum Schluß wurde die Unterstützung eines Kollegen in Anstadt  
beschlossen, welcher wegen „Nötigung“ beim Streik zu 3 Monaten  
Gefängnis verurteilt worden ist.

**In der öffentlichen Frauen- und Männerversammlung**  
am Sonntag, den 15. d. M., in Ankeles Salon, hielt Frau  
Henrich-Wilhelms einen Vortrag über das Thema: „Frauenrecht  
ist Menschenrecht“, wofür ihr reichlicher Beifall gezollt wurde. Zur  
einstimmigen Annahme gelangte folgende Resolution: „Die heu-  
tige öffentliche Versammlung für Frauen und Männer erklärt  
sich mit den Ausführungen der Referentin vollständig einverstan-  
den. Sie erwartet von der heutigen Gesellschaft die Anerkennung  
der Frau als vollständig gleichberechtigt mit dem Manne, das  
heißt, sie erwartet, daß in Zukunft der Frau das Studium jeder  
wissenschaftlichen und die Ausübung jedes öffentlichen, politischen wie  
wirtschaftlichen Amtes in jeder Form gestattet werde. Zur Ver-  
wirklichung dieses Zieles erwartet die Versammlung von unseren  
Vertretern im Reichstage, daß sie energisch für die Vertheidigung  
dieser Rechte bei jeder sich darbietenden Gelegenheit eintreten.“  
Der Ueberschuß der Versammlung von 25 Mark 85 Pfennig  
wurde wiederum dem Vertrauensmann Marten übergeben.

**Der Fachverein der Stellmacher Berlins** hielt am  
Sonntag den 15. März seine Mitgliederversammlung ab. Es  
wurde die Abrechnung vom Vergangenen am 28. Februar vorgelesen  
und genehmigt. Einnahme 231,45 M., Ausgabe 101,50 M.,  
Ueberschuß 129,95 M. Von diesem Ueberschuß wurden für die  
Streik-Kontroll-Kommission 10 M., die Hamburger Gewerkschafts-  
Kommission 20 M. und das Uebrig für die arbeitslosen Stell-  
macher Berlins bewilligt. Der Antrag, daß diejenigen  
Kollegen, die die Unterstützung bekommen, sich auch der Organi-  
sation anschließen und die restierenden Beiträge nachzahlen müssen,  
wurde angenommen. Ueber den Kollegen Zimmermann wurde  
Klage geführt. Er soll den Fachverein auf alle Art und Weise  
zu schädigen suchen. Stellung zur Matseier wird in öffentlicher  
Versammlung genommen werden.

**Gewerbliche Hilfsarbeiter.** Am Sonntag, den 8. März er-  
sand eine öffentliche Versammlung sämtlicher gewerblicher Hilfs-  
arbeiter Berlins und Umgegend statt, in welcher Genosse Hohl-  
wegler über „Organisation“ referierte. Der Vortrag des Re-  
ferenten wurde beifällig aufgenommen. In der Diskussion  
sprachen die Genossen Thal und Schulz, welche für Zentralisati-  
on eintraten, während die Genossen Schmidt und Born Lokalorgani-  
sation befürworteten. Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Wie  
stellen sich die gewerblichen Hilfsarbeiter zur Beschickung des  
Kongresses? stellte Kollege Born den Antrag, zwei Kollegen mit  
kongressfähigem Mandat zum Kongress zu senden. Dieser Antrag  
wurde angenommen und zu Delegirten gewählt: Thal-Weiden-  
dorf und W. Vogel-Berlin. Zum Ersatzdelegirten wurde Kollege  
Wilhelm Schmidt bestimmt.

**Der Bund der geselligen Arbeitervereine von Berlin**  
und Umgegend hielt am 15. März eine Versammlung ab. Auf  
der Tagesordnung stand: Statutenänderung. Aufnahme der  
Vereine und Vorstandswahl. Die Statuten wurden mit einigen  
kleinen Änderungen nach dem Entwurf der Bundeskommission  
angenommen. Hierauf ließen sich 22 Vereine mit einer Mit-  
gliederzahl von zusammen 600 bis 700 Personen auf-  
nehmen. In den Vorstand wurden die Bundesgenossen  
August Schmelzer, 1. Vorsitzender, Lübbenerstraße 26;  
G. Jeymeisel, 1. Schriftführer, Lindenstr. 9; Gustav Kleist,  
1. Kassirer, Waldemarstr. 48; P. Kofel, 2. Schriftführer, Hens-  
burgerstr. 50; A. Ulrich, 2. Vorsitzender, Schönleinstr. 6;  
M. Babepohl, 2. Kassirer, Späthler Ufer 5 und als Beisitzer  
die Bundesgenossen Abraham, Schröder und Tödtter gewählt.

**Nächste Versammlung** den 12. April in den Armin-Hallen, Vor-  
mittags 10 Uhr. Anmeldungen zum Bund nehmen die Vorstands-  
mitglieder entgegen. Gelder der 1. Kassirer. Mit einem kräftigen  
Stich auf den Bund schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Eine Versammlung des Zentralvereins deutscher**  
Böttcher fand am 9. d. M., statt. Die Abrechnung vom  
4. Quartal ergab für den Verein eine Einnahme von 650,88 M.  
Die Ausgabe betrug 664,75 M., blieb ein Bestand von 91,08 M.  
Die Einnahme für die Marxensammlung betrug 866,25 M. Die  
Ausgabe 288,— M., blieb ein Ueberschuß von 78,25 M. Diese  
Aufstellung wurde von den Revisoren bestätigt und von der  
Versammlung angenommen. Es entspann sich eine längere De-  
batte über einige Kollegen, welche dem Verein lange fern ge-  
standen und theilweise auch geschädigt haben; durch Versam-  
lungsbefehl wurden dieselben wieder aufgenommen. Es wurden  
ferner die Kollegen der Habel'schen Brauerei getadelt, weil sie die  
Arbeitszeit nicht inne halten, und es wurde die Vergleichs-  
kommission beauftragt, die Sache in die Hand zu nehmen. Zu  
Verschiedenem wurde ein Antrag angenommen, 100 M. für die  
ausgesperrten Arbeiter Deutschlands zu bewilligen. Zugleich  
wurde beschlossen, das Geld durch Sammellisten aufzubringen  
und durch Marxen zu quittieren. Es entspann sich noch eine leb-  
hafte Debatte über die Matseier. Die Angelegenheit wurde aber  
der öffentlichen Böttcherversammlung überlassen.

**Der Fachverein der Gas-, Wasser-Heizungsrohrleger**  
und Gehilfen hielt am Sonntag den 8. März seine General-  
versammlung ab. Zunächst hielt Herr Hildebrand einen mit  
Beifall aufgenommenen Vortrag über „kapitalistische Produktions-  
weise“. An der Diskussion beteiligte sich Kollege Redner, welcher  
sich zum größten Theil den Ausführungen des Referenten an-  
schloß. Den Rassenbericht erstattete Kollege Rißmann. Die Ein-  
nahmen betragen inkl. altem Bestand von 9. November 168,85 M.  
Die Ausgaben 103,20 M., so daß ein Bestand von 65,65 M. ver-  
bleibt. Nachdem die Revisoren erklärt, die Kasse für richtig be-  
funden zu haben, wurde der Kassirer entlastet. Kollege Hirsch  
stellte den Antrag, zum Besten unseres schwer erkrankten Kollegen  
Krebs nach Schluß der Versammlung eine Zellersammlung statt-  
finden zu lassen. Dieser Antrag fand einstimmig Annahme.  
Nachdem Kollege Hantke betreffs des Arbeitsnachweises eine Frage  
aufgeworfen und beantwortet erhalten, machte der Vorsitzende  
auf die am 22. März stattfindende Fach-Vereinsversammlung auf-  
merksam und schloß darauf die Versammlung.

**Der Verein der Sattler und Fachgenossen** tagte am  
14. März unter Vorsitz des Kollegen Weiß. Vor Eintritt in die  
Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des Todestages von Karl  
Marx und die Versammlung ehrte das Andenken des Vorkämpfers  
des Proletariats durch Erheben von den Sigen. Zum ersten  
Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Berner über Richter's  
Vorträge; er setzte auseinander, wie sehr der große Eugen mit  
seiner Bekämpfung der Sozialdemokratie auf den Holzweg ge-  
rathen sei, und daß alle diese geistigen Waffen aus St. Manseier  
nicht im Stande sind, den Siegeslauf des Sozialismus aufzu-  
halten. Reicher Beifall lohnte den Referenten. Die Diskussion  
war im Sinne des Vortrages. Der Vorsitzende machte auf die  
am 25. April bei Meyer tagende geschlossene Mitgliederversam-  
lung aufmerksam mit dem Ersuchen, wegen der wichtigen Tages-  
ordnung recht zahlreich zu erscheinen.

**Bäder.** In der letzten Versammlung sprach Reichstags-  
Abgeordneter W. Schmidt über die Gewerbe-Ordnungs-Novelle.  
Nach der lebhaften Debatte wurde beschlossen, die Entschetzung  
über die Matseier einer besonderen Versammlung überlassen.  
Vorher war eine Resolution angenommen worden, worin die  
Versammlung gegen den Beschluß der Arbeiterschul-Kommission  
Protest einlegte, daß den Bädermeistern durch die höheren Ver-  
waltungsbehörden gestattet sein soll, ihre Arbeiter an Sonn-  
und Feiertagen ebenso wie an Wochentagen zu beschäftigen. Die  
Versammlung erwartet, daß die Bäder anderen Gewerken gleich  
gestellt werden. Beschlossen wurde, einen Kranz auf den Gräbern  
der Märzgefallenen niederzulegen.

**Buchbinder-Versammlung.** Die am Montag Abend in  
Feuerstein's großem Saal in der Alten Jakobstraße 75 abendarmte  
öffentliche Buchbinder-Versammlung war sehr  
stark besucht. Der Abgeordnete Kuer hielt einen Vortrag über  
die Bedeutung der Mai-Demonstration zu Gunsten einer inter-  
nationalen Arbeiterschul-Gesetzgebung, an welchen sich eine sehr  
animirte Debatte anschloß. Sämtliche Redner sprachen ihre  
Einverständnis mit den bekannten Vorschlägen der sozialdemo-  
kratischen Fraktion aus und fand eine in gleichem Sinne gehaltene  
Resolution Annahme, in der zugleich die Erwartung ausgesprochen  
wird, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderbranche  
einen Theil des Lohnes vom 1. Mai dem allgemeinen Arbeiter-  
Unterstützungsfonds zusteuern lassen. Am 1. Mai Abends findet  
eine gesellige Zusammenkunft der Buchbinder in dem gleichen  
Lokale statt.

**Der Verein deutscher Schuhmacher** hielt am Montag  
seine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende verlas einen  
Artikel über zufriedene Arbeiter, welcher eine rege Diskussion her-  
vorrief. Weiter ersuchte der Vorsitzende die Kollegen, am dritten  
Ostertag recht zahlreich in der öffentlichen Schuhmacherversam-  
mlung wegen Stellungnahme zum ersten Mai zu erscheinen. Ferner  
wurde bekannt gemacht, daß am 2. Ostertag das Stützungs-  
fest der Zahlfabrik Potsdam stattfindet, woran wir uns recht zahlreich  
betheiligen sollten. Die Absicht wird im „Vorwärts“ bekannt  
gemacht.

**Die Freie Vereinigung der Bau-Arbeiter Berlins** be-  
schloß nach einem Referat des Kollegen Remthaler, den Rath  
der Fraktion zu befolgen und die Matseier auf den ersten Sonntag  
im Mai zu verlegen. Am 1. Mai soll Abends eine Versammlung  
(nachher gemüthliches Zusammensein) stattfinden. Nächste Ver-  
sammlung am 14. April.

**Die Filzschuharbeiter** beschlossen in öffentlicher Versam-  
lung nach einem Referat des Kollegen Jäsche mit 27 gegen  
19 Stimmen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Außerdem  
wurde die Schlussabrechnung der Streikkommission dechargirt  
(Ueberschuß 62,08 Mark). Die Fabrikordnung von Müller und  
Schlühweg wurde scharf kritisiert. Am ersten Ostertag findet  
eine Herrenpartie nach Friedrichshagen statt. Für Kollegen  
Balerius wurde Kollege S. Lange in die Streik-Kontrollkommission  
gewählt.

**Der Fachverein der Marmor- und Granitarbeiter**  
Berlins wählte zu Revisoren des Generalfonds die Kollegen  
Piech und Jippel. Eine lebhafte Debatte entspann sich über  
die traurige Lage der Marmorarbeiter. Die Mordarbeit wurde  
verdammt und der Indifferentismus der Kollegen beklagt. Helfen  
kann allein eine starke Organisation.

**In der Wanderversammlung des Unterstützungsbundes**  
der Hausdiener, die im Norden stattfand, hielt Herr Wilde  
einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Arbeiterschul-  
debatten in Reichstage. Eine rege Diskussion schloß sich an.  
Mitgeteilt wurde, daß am 19. April im Feenpalast ein Son-  
tagskonzert stattfinden wird. (Billets für Herrn 50 Pf., für Damen  
30 Pf.). Am 7. April Generalversammlung bei Feuerstein.

**Verzinsung.** In einigen Versammlungsberichten war  
mitgeteilt, daß der Beschluß, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu  
lassen, im Wahlverein des sechsten Berliner Reichstags-Wahl-  
kreises gefaßt worden sei. Wir werden trüchtl, richtig zu stellen,  
daß dieser Beschluß in einer öffentlichen Volksversammlung  
gefäßt worden ist und der Wahlverein mit dieser nichts ge-  
mein hat.

